



**CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENTINO-ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENTINO-SÜDTIROL**

Atti Consiliari
Sitzungsberichte des Regionalrates

X Legislatura - X Gesetzgebungsperiode
1988 - 1993

SEDUTA 101 SITZUNG
17.7.1992

INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER

KUBSTATSCHER Josef <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	pag.	2
ALBER Franz <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	"	6
TAVERNA Claudio <i>(Gruppo Movimento Sociale Italiano–Destra Nazionale)</i>	"	10
RELLA Alberto <i>(Partito Democratico della Sinistra)</i>	"	12
PAHL Franz <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	"	14

INDICE

INHALTSANGABE

Disegno di legge n. 72:

Nuovo ordinamento dei Comuni della
Regione Trentino-Alto Adige (presentato
dalla Giunta regionale)

pag. 2

Gesetzentwurf Nr. 72:

Neue Gemeindeordnung der Region
Trentino-Südtirol (eingebracht vom
Regionalausschuß)

Seite 2

Vorsitzender: Präsident Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

Ore 10.22

PRÄSIDENT: Ich bitte die Abgeordneten Platz zu nehmen und mit dem Namensaufruf zu beginnen.

PRESIDENTE: Prego i signori Consiglieri di prendere posto e di procedere all'appello nominale.

PAHL: (segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Ich bitte um Verlesung des Protokolles der letzten Sitzung.

PRESIDENTE: Prego dare lettura del processo verbale dell'ultima seduta.

MORELLI: (segretario):(legge il processo verbale)

PRÄSIDENT: Gibt es Einwände zum Protokoll? Keine. Dann gilt das Protokoll als genehmigt.

PRESIDENTE: Ci sono osservazioni al processo verbale? Nessuna. In tal caso il processo verbale si considera approvato.

PRÄSIDENT: Für die heutige Sitzung haben sich die Abg. Jori, Frasnelli, Tononi, Oberhauser, Betta, Ricci, Nicolini, Berger und Bazzanella entschuldigt.

PRESIDENTE: Per la seduta odierna hanno giustificato la loro assenza i cons. Jori, Frasnelli, Tononi, Oberhauser, Betta, Ricci, Nicolini, Berger e Bazzanella.

PRÄSIDENT: Ich möchte jetzt folgendes über den Ablauf der Arbeiten mitteilen: Die Fraktionsvorsitzenden haben heute früh beschlossen, daß die Arbeiten des Regionalrates um 12.00 Uhr abgeschlossen werden sollen, um gleich anschließend und am Nachmittag den Fraktionsvorsitzenden die Möglichkeit zu geben in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Präsidenten des Ausschusses und dem zuständigen Regionalassessor die vorliegenden Änderungsanträge zur Gemeindeordnung abzustimmen und zu versuchen, einen Ausgleich zu finden. Zu dieser Sitzung lade ich jetzt – das möchte ich allen mitteilen, die es nicht vorhin bei den Fraktionsvorsitzenden schon gehört haben – alle Fraktionsvorsitzenden, den Präsidenten des Ausschusses und den Regionalassessor Romano ein – das Präsidium ist natürlicherweise bei allen Fraktionssitzungen immer eingeladen. Sollten heute die Arbeiten der Fraktionsvorsitzenden über diese Änderungsanträge nicht abgeschlossen werden, dann werden sie am Montag, den 14. September ganztägig fortgesetzt, sodaß wir am Dienstag, den 15., wo der Regionalrat die Debatte über den Gesetzentwurf zur Gemeindeordnung fortsetzt, bereits möglichst ausgeglichene vereinbarte Änderungsanträge hat – soweit es politisch möglich war, die Änderungen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Also heute arbeiten wir mit dem Regionalrat bis 12.00 Uhr, dann anschließend werden wir gleich die Sitzung mit den Fraktionsvorsitzenden und mit den Vertretern des Ausschusses haben, um die Änderungsanträge zu vergleichen und zu versuchen, einen politischen Kompromiß zu finden.

Diese Sitzung wird dann am 14. September um 9 Uhr – ganztägig – fortgesetzt und Regionalrat ist dann wieder am 15. September mit der Fortsetzung der Debatte über die Gemeindeordnung. Alles klar?

Dann fahren wir jetzt mit der Debatte zur Gemeindeordnung fort.
Das Wort hat der Abg. Kußatscher.

PRESIDENTE: Per quanto concerne l'andamento dei lavori desidererei comunicare quanto segue: la conferenza dei capigruppo ha deliberato questa mattina che i lavori di questo consesso termineranno alle ore 12.00 e subito dopo sarà convocata la conferenza dei capigruppo allargata al Presidente della Giunta regionale e all'assessore competente onde verificare se esiste la possibilità di giungere ad un'intesa sugli emendamenti che sono stati presentati sul disegno di legge concernente il nuovo Ordinamento dei Comuni. A questa seduta, che proseguirà anche il pomeriggio, sono invitati tutti i capigruppo, il Presidente della Giunta e l'assessore regionale Romano nonché l'Ufficio di Presidenza che presenzia ogni seduta dei gruppi consiliari. Se i lavori della conferenza dei capigruppo non dovessero concludersi oggi pomeriggio, riprenderanno lunedì 14 settembre – per l'intera giornata – affinché il Consiglio regionale possa riprendere i lavori, martedì 15 settembre, con la discussione sul disegno di legge concernente il Nuovo Ordinamento dei Comuni e con l'esame degli emendamenti, per i quali si sarà raggiunto un accordo politico, e per i quali si sarà riusciti ad individuare un comune denominatore. Ripeto quindi che quest'Assemblea lavorerà oggi sino alle ore 12.00 e subito dopo si terrà la conferenza dei capigruppo allargata ai rappresentanti della Giunta regionale per concordare gli emendamenti, confrontarli e cercare di giungere ad un compromesso. La seduta della conferenza dei capigruppo riprenderà il giorno 14 settembre alle ore 9.00 mentre il Consiglio regionale è convocato per il 15 settembre, giorno in cui riapriremo la discussione sul Nuovo Ordinamento dei Comuni. Vi sono dei dubbi?

Proseguiamo quindi con la discussione generale sul Nuovo Ordinamento dei Comuni.

La parola al cons. Kußatscher.

KUßATSCHER: Geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Präsident! Ich habe gestern gesagt, daß ich grundsätzlich mit dieser Reform einverstanden bin, obwohl wir sicher keiner Euphorie verfallen sollen. Ich bin auf die Problematik um den ethnischen Proporz, vor allem um die Methode, die da angewandt wurde, eingegangen, habe die Probleme bei Abwahl von Bürgermeister und Ausschuß angeschnitten, mich zur Gemeindekontrolle und über die Dringlichkeitsbeschlüsse geäußert.

Ich möchte nun zum Bereich Gemeindezusammenschlüsse, Gemeindekonsortien, Sonderbetriebe fortfahren. Hier geht es um Zuständigkeitsbereiche der beiden Provinzen, nicht der Region. Immer wieder ist in diesem Gesetzentwurf der Versuch zu sehen, die Kompetenz der Region möglichst weit zu betrachten. Wenn laut ANSA-Meldung vom 14. Juli der Präsident Andreolli folgendermaßen zitiert wird, ich zitiere wörtlich: "I due disegni di legge – gemeint ist hier die Gemeindeordnung und die Wahlreform – partono uno dalla periferia, i comuni, e l'altra dal centro, Giunta, e danno un punto di raccordo comune nella Regione contenitore istituzionale garante per mandato storico dei processi di autonomia". Also es ist von "Regione contenitore istituzionale garante per mandato storico dei processi di autonomia" die Rede. Wenn also der Präsident der Region das so sieht und auch öffentlich bekannt gibt, dann muß auch von anderer Seite gesagt werden, daß das sicher nicht die Meinung aller ist. Die Autonomie ist von Südtirol aus erkämpft worden und sicher nicht von der Institution Region her. Sie war für De Gasperi der Aufhänger, um seinen Trentinern

Sonderrechte zuschanzen zu können. Doch genug. Ich will hier keine Geschichtsnachhilfestunden geben. Ich will nur kritisieren, wenn hier der Versuch unternommen wird, da und dort, Landeszuständigkeiten mit Regionalgesetz zu regeln. Ich muß diesen Hinweis hier auch deshalb machen, weil es mir in der Gesetzgebungskommission nicht gelungen ist, die entsprechenden Passagen herauszustreichen.

Zur Gemeindegliederung: Die Satzungsbefugnis wird als großer Errungenschaft hingestellt. Ich sehe auch viele Chancen darin, daß jede Gemeinde sich ein eigenes Statut, eine Art eigene Verfassung geben kann. Doch diese Möglichkeit ist noch keine Garantie, daß überall der Frühling einzieht: Demokratie, Bürgerfreundlichkeit, Transparenz, korrekte Verwaltung, neue Sensibilitäten und kulturelle Erneuerungen usw. Wir werden sehen, wieviele Gemeinden zum Beispiel von der Möglichkeit Gebrauch machen werden, Volksbefragungen vorzusehen¹⁾ und noch mehr, wie diese Volksbefragungen eingebaut werden. Wenn es um Grundrechte der Bürger geht, sollten die Mindeststandards landesweit oder regionweit die gleichen sein, d.h. per Gesetz vorgesehen werden und nicht der Gemeindegliederung überlassen werden. Gemeindeautonomie ist schon recht, doch darf ein Gemeinderat nicht über Grundrechte frei verfügen können. Ein Beispiel: Das Recht des Bürgers über ein Referendum in der Gemeinde mitbestimmen zu können oder bei einem Volksanwalt einmal eine Klage gegenüber der Gemeinde vorbringen zu können, solche Rechte sollten in jeder Gemeinde grundsätzlich gewährleistet sein. Ich wiederhole nochmals einen Satz von vorher: "Demokratie kann nicht besser sein als die Demokraten"! Ich hoffe, daß die Gemeinderäte nun überall ihre höhere Selbstverantwortung spüren, bei der Erarbeitung der gemeindeeigenen Satzung kreativ und vor allem bürgerorientiert sind und die Satzungsbefugnis für die Ausweitung der Demokratie, nicht für die Einschränkung verwenden.

Zur Amtsentschädigung: Im Art. 12 dieses Gesetzentwurfes ist die Amtsentschädigung, das Amtsentgelt, wie die neue deutsche Übersetzung heißt, angesprochen, leider nicht geregelt. Es wird auf ein anderes, auf ein kommendes Gesetz verwiesen. Der Gesetzesentbringer, die Regionalregierung, hätte bei diesem Gesetz mit über 60 Artikeln wohl durchaus noch diese paar Artikel unterbringen können. Soweit ich informiert bin, war zumindest in Südtirol innerhalb des Gemeindenverbandes schon seit Monaten eine Lösung gefunden worden. Auf jeden Fall mußte bei der jetzigen Regelung außer Kraft gesetzt werden, welche vorsieht, daß lohnabhängige Bürgermeister die Hälfte des Amtsentgeltes bekommen, verglichen mit den selbständig Erwerbstätigen. Eine unverständliche und ungerechte Regelung, die dringend außer Kraft gesetzt werden muß.

Ein weiterer Punkt, der mit der Amtsentschädigung geregelt werden muß. Gemeindegliedern kleinerer Gemeinden können überhaupt kein Amtsentgelt bekommen, auch wenn sie vom Bürgermeister viel delegiert bekommen und sich zeitintensiv für die Gemeinde engagieren. Auch da sollte bei einer Neuregelung der Amtsentschädigung für Gemeindeverwalter bedacht werden. Jedenfalls dieser Punkt Amtsentgelt ist leider ausgeklammert worden. Die Gemeindeverwalter erwarten sich von uns, daß wir diesbezüglich bald eine Neuregelung treffen.

Haushaltsplan: Bei der Ausarbeitung dieses Gesetzentwurfes hat es über die Erstellung des Haushaltsplanes Diskussionen gegeben. Diskutiert wurden vor allem die Fragen, ob auch in Zukunft die provisorische Haushaltsführung möglich sein soll oder ob die Gemeinden verpflichtet werden sollen, wie es nun im Gesetz drinnen ist, einen technischen Haushalt zu erstellen. Wenn der Landtag, so wie es in der Vergangenheit oft vorgekommen ist, den Landeshaushalt zu spät genehmigt, sind die Gemeinden gezwungen, zwei Mal den Haushaltsplan zu erstellen, zuerst einen technischen und dann als Nachtragshaushalt den eigentlichen Haushaltsplan. Die bisherige Form, den Haushalt provisorisch im Rahmen des

jeweiligen Vorjahres weiterführen zu können, war eine sehr unkomplizierte Form. Es hat zwar auch bestimmte Vorteile, wenn der technische Haushalt erstellt werden muß. Es bedeutet für die Gemeinden jedoch Mehrarbeit. Das muß uns klar sein. Vielleicht ist es auch ein Druckmittel auf die Landesregierungen, rechtzeitig den Landeshaushalt vorzulegen. Mehrarbeit bedeutet auch der Mehrjahreshaushalt. Wir sehen es schon bei uns, beim Landes- bzw. beim Regionalhaushalt, daß abgesehen vom Investitionsteil der Mehrjahreshaushaltsplan vielfach nichts anderes ist wie Jahreshaushaltsplan multipliziert mit drei. Vielfach bedeutet es nur Mehrschreiberei und größere unübersichtlichere Formulare. Aber gut, der Staat will es so und die Mehrheit unter uns scheinbar auch. Wir werden mit diesen Bestimmungen leben können.

Einen letzten Punkt und ich schließe dann ab und zwar möchte ich zur Hektik, die an den Tag gelegt wird, daß wir vor den Sommerferien, wie es immer geheißen hat, sei es vom Präsident Andreolli her als auch gestern vom Abg. Rella, daß wir unbedingt vor den Sommerferien dieses Gesetz verabschieden müßten. Ich sehe dieses Gesetz insgesamt positiv. Ich hoffe, daß positive Impulse in Richtung Demokratisierung davon ausgehen werden. Ich sehe aber in diesem Entwurf keine dringende Maßnahme, die unbedingt in ein-zwei Monaten in Kraft treten müßte. Ich sehe überhaupt keine Schwierigkeiten, wenn die Verabschiedung erst im September oder Oktober erfolgt. Ich sehe sogar Vorteile darin und zwar folgende: Vielleicht kann dann gleichzeitig die Frage der Direktwahl des Bürgermeisters endgültig geklärt und hier eingebaut werden. Vielleicht kann auch die Amtsentschädigung der Gemeindeverwalter in dieses Gesetz eingebaut werden, anstatt das ein eigenes Gesetz vorgelegt wird. Während der Sommermonate kann wahrscheinlich auch der eine oder andere Punkt, der hier in der Generaldebatte aufgeworfen wird bzw. es ist eh angekündigt worden, daß die Fraktionssprecher über die Änderungsanträge sich unterhalten werden, daß die koordiniert und eingebaut werden können. Und es wäre gar nicht schlecht, wenn diese Gemeindereform möglichst um den 1. Jänner herum in Kraft tritt. Es sind Punkte enthalten, die besser mit Geschäftsjahresbeginn umgesetzt werden, wohl besser, wie wenn das Gesetz mitten im Sommer in Kraft tritt. Aber davon ist ja keine Gefahr mehr. Wir haben aufgrund der Mitteilungen des Präsidenten gehört, daß es somit sicher Herbst wird und ich sehe das nicht schlimm, wenn eben mit diesem Gesetz der Herbst übers Land zieht.

Also abschließend: wir haben eine sehr lange und ich glaube auch sehr gründliche Gemeindereform in der Vorbereitungsphase diskutiert. Von der Materie her besteht meines Erachtens kein Grund, dieses wichtige Gesetz hier im Plenum in ein, zwei Tagen durchzupeitschen. Ich bin froh um die Entscheidung, die heute früh getroffen worden ist, daß wir hier über den Sommer durch noch einige Verbesserungen somit einbauen werden können. Danke, Herr Präsident!

(Illustre Presidente! Stimati colleghi! Già ieri ho avuto modo di dire che in linea di principio sono a favore di questa riforma, anche se ritengo non si debba farsi prendere dall'eccessivo entusiasmo. Mi sono già soffermato sui temi della proporzionale etnica, del metodo che è stato applicato, inoltre sull'elezione e destituzione del Sindaco e della Giunta, sul controllo comunale e sulle delibere adottate in via d'urgenza.

Ora invece vorrei fare alcune considerazioni sulla fusione dei Comuni, i Consorzi comunali e le aziende speciali. Si tratta di una sfera di competenze riservata alle Province, quindi a quella di Bolzano ed a quella di Trento e non alla Regione. In questo disegno di legge molto spesso è stato fatto il tentativo di dare un'interpretazione abbastanza ampia alle competenze regionali.

Se è vero quanto ha riportato l'ANSA il 14 luglio, cioè che il Presidente della Giunta Andreolli ha affermato: "I due disegni di legge (l'ordinamento dei Comuni e la riforma elettorale) partono una dalla periferia (comuni) e l'altra dal centro (Giunta) ed hanno un punto di

raccordo comune nella Regione, contenitore istituzionale garante, per mandato storico dei processi di autonomia", se dunque il Presidente della Regione vede questi provvedimenti secondo quest'ottica e rende noto il proprio orientamento, è altrettanto vero che certamente non rispecchia l'opinione comune. L'Autonomia è stata conquistata dalla Provincia di Bolzano e sicuramente non dall'istituzione Regione. Per De Gasperi essa ha costituito l'occasione per garantire ai suoi trentini alcuni privilegi. Ma basta così non voglio tenere nessuna lezione di storia. Desidero solamente criticare il tentativo fatto di disciplinare delle competenze provinciali con legge regionale. E debbo rilevare ora quest'aspetto, poiché in sede referente non sono riuscito a porlo nella giusta luce.

Per ciò che concerne lo statuto comunale desidero osservare che la potestà statutaria viene rappresentata come una delle grandi conquiste di questa legge di riforma ed anch'io ritengo che rappresenti la possibilità per ogni comune di darsi un proprio statuto, una specie di costituzione, ma questa possibilità non implica necessariamente la garanzia che ovunque ci sia questa ventata di cambiamento e cioè: democrazia, partecipazione popolare, trasparenza, corretta amministrazione, nuove sensibilità e innovazioni culturali etc... Vedremo quanti comuni sfrutteranno questa possibilità di prevedere dei referendum o ancor di più, come verranno previsti. Se si tratta di diritti fondamentali dei cittadini, ritengo che si dovrebbero applicare degli standard minimi uguali ovunque, ciò significa previsti dalla legge e non riservati allo Statuto comunale. L'autonomia comunale è un elemento positivo, ma il Consiglio comunale non deve disporre liberamente di questi diritti fondamentali. Facciamo un esempio: il diritto di un cittadino di poter partecipare alle decisioni concernenti l'indizione di un referendum o di poter ricorrere al difensore civico contro il Comune dovrebbero essere dei diritti che in linea di principio vengono salvaguardati in ogni comune. Desidero ripetere nuovamente quanto detto in epigrafe e cioè che la democrazia non può essere meglio dei democratici! Auspico quindi che i Consiglieri comunali avvertano ora la loro alta responsabilità e che elaborino gli statuti comunali dando un apporto creativo, ma soprattutto tenendo conto delle esigenze dei cittadini.

L'indennità di carica è citata nell'art. 12 di questo disegno di legge senza che tuttavia venga disciplinata, in quanto si fa riferimento ad una successiva legge. Il presentatore della legge, o meglio la Giunta regionale avrebbe sicuramente potuto prevederne la disciplina in una legge che è costituita da più di 60 articoli. Sono a conoscenza del fatto che il Consorzio dei Comuni aveva, in Alto Adige, trovato già da mesi una soluzione. Comunque la regolamentazione attualmente vigente dovrebbe venire abrogata il più presto possibile, poiché prevede che il sindaco che percepisce un reddito da lavoro dipendente abbia diritto ad un'indennità in misura del 50% rispetto al sindaco che svolge l'attività lavorativa non dipendente. Si tratta quindi di una disciplina incomprensibile ed iniqua che deve venir soppressa. Inoltre gli assessori comunali di piccoli comuni non percepiscono alcuna indennità, anche se vengono delegati dal sindaco ad espletare numerose mansioni e dedicano molto tempo a tali attività nell'ambito comunale. Anche tale aspetto dovrebbe venire considerato nella nuova disciplina concernente l'indennità di carica degli amministratori comunali. Questo punto concernente l'attività di carica, non è stato trattato esaustivamente e gli amministratori comunali si aspettano da noi che introduciamo una nuova regolamentazione di tale istituto.

Per ciò che concerne il Bilancio, nell'elaborazione di questo disegno di legge ci sono state delle discussioni concernenti la predisposizione del bilancio stesso. E' stato discusso soprattutto se debba essere possibile una gestione provvisoria di bilancio o se i comuni debbano venire obbligati ad approntare un bilancio puramente tecnico. Se il Consiglio provinciale, come ad esempio è successo in passato, approva in ritardo il bilancio provinciale, i Comuni sono costretti a predisporre due volte il bilancio. Dapprima un bilancio tecnico, poi l'assestamento di bilancio, il vero bilancio. L'attuale forma di gestione provvisoria del bilancio era una forma molto semplice. Il fatto che si debba predisporre un bilancio tecnico significa per i Comuni una mole maggiore di lavoro, ma forse costituisce uno strumento per far pressione sulle Giunte provinciali affinché queste

presentino entro i termini stabiliti il bilancio provinciale. Una mole di lavoro maggiore significa anche predisposizione del bilancio pluriennale. Sia a livello provinciale che regionale abbiamo potuto constatare che, a prescindere dalla parte concernente gli investimenti, il bilancio pluriennale non costituisce altro che un bilancio annuale moltiplicato per tre. In parole più semplici: più allegati difficilmente intellegibili, poco chiari. Ma se lo Stato lo vuole e la maggioranza a quanto pare anche, ben venga.

Per quanto concerne l'eccessiva fretta di voler approvare ad ogni costo questa legge prima della pausa estiva, desidero dire che anche se considero questo disegno di legge globalmente positivo ed auspico che ne scaturiscano degli stimoli in direzione di una democratizzazione, non mi pare contenga misure così urgenti che ne rendano necessaria un'imminente entrata in vigore (al massimo tra uno o due mesi). Non ravviso alcuna difficoltà nel fatto che questo disegno di legge venga licenziato a settembre o ad ottobre; al contrario si possono individuare solamente degli aspetti positivi e forse contestualmente può venire chiarita la questione dell'elezione diretta del sindaco, può venire prevista la disciplina delle indennità di carica del Sindaco e degli amministratori comunali. Durante la pausa estiva potranno venir ripensati l'uno o l'altro punto, oggetto di perplessità nel corso della discussione generale. Inoltre ritengo sarebbe positivo se questa riforma sull'ordinamento dei comuni entrasse in vigore all'incirca il 1° gennaio. Ci sono alcuni istituti che possono venire applicati con maggiore facilità se entrano in vigore in coincidenza con l'inizio dell'anno finanziario. Per cui, per concludere, desidero ribadire che avendo discusso a lungo e anche esaurientemente su questo disegno di legge concernente il nuovo Ordinamento dei comuni nella fase preparatoria, non ritengo opportuno esaurire l'esame di una legge di tale importanza in 1 o 2 giorni).

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abg. Alber.
Er hat das Wort.

PRESIDENTE: Il prossimo oratore iscritto a parlare é il cons. Alber.
Prego, Lei ne ha la facoltà.

ALBER: Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren einen Gesetzentwurf, der auch in meinen Augen einer der wichtigsten ist, den wir in dieser Legislaturperiode in diesem Gremium behandeln. Dieses Gesetz in Anpassung an das Staatsgesetz Nr. 142, das ein Reformgesetz im wahren Sinn des Wortes ist, sollte hoffentlich mit seinen Grundsätzen einiges im Leben der Gemeindeverwaltungen ändern, sollte imstande sein, stabile Gemeindeverwaltungen und noch mehr Effizienz auf die Beine zu bringen. Es ist eines klar zu sagen: So neu sind die Grundsätze, die hier dargelegt werden, nicht, denn alles, was wir als Reform hier vorfinden, was uns so grundlegend neu erscheint, finden wir in Nachbarstaaten. Schon in Landesbestimmungen, in Gemeindebestimmungen oder auch auf Bundesebene und die Grundsätze, die bei uns jetzt heiß diskutiert werden oder worden sind, haben irgendwo anders eigentlich schon ganz gut funktioniert und zum Erfolg geführt. Das es sich wesentlich ändert, mag wohl auch der Grund sein, warum dieser Gesetzentwurf viel Aufmerksamkeit draußen bei der Gemeindeverwaltung, bei der Bevölkerung gefunden hat und ich glaube, es ist sicher nur dies der Grund der Verzögerung. Ich glaube die Befürchtungen des Präsidenten Andreolli, daß jemand bewußt dieses Gesetz verzögern will, treffen ganz einfach nicht zu. Ich bin eben der Ansicht meines Vorredners, es zählt sich aus, über so grundlegende Bestimmungen und Gesetze ausführlich zu diskutieren und sie gut durchzudenken.

Der große neue revolutionäre Aspekt dieses Gesetzes ist das sogenannte Gemeindestatut oder die Gemeindegatzung. Die Gemeinden geben sich selbst eine

grundlegende Bestimmung, wie eine kleine Verfassung, wie sie ihre Verwaltungsabläufe regeln wollen, wie sie ihr Gemeinschaftsleben ordnen wollen. Wesentlich neu sind auch die Bestimmungen über die Beteiligung des einzelnen Bürgers am Leben der Gemeinde oder der Bürgervereinigung. Die Kontrollen durch die Aufsichtsbehörde werden noch mehr reduziert, als wir es in unseren Bestimmungen schon vorfinden und beschränken sich eigentlich nur mehr auf die grundlegenden Beschlüsse des Gemeinderates. Wobei der Gesetzentwurf des Regionalrates, der Regionalregierung, die Kontrollpflicht der Aufsichtsbehörde im Verhältnis zum Staatsgesetz noch mehr reduziert.

Wie schon gesagt, der erste Entwurf des Gesetzes hat für einige Aufregung und Diskussion gesorgt. Ich will nicht sagen, das Gesetz ist umstritten. Das glaube ich nicht. Die auslösenden Punkte für diese Diskussionen waren die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Rat und Ausschuß, war die Form der Wahl des Bürgermeisters und des Ausschusses, war die Möglichkeit, außenstehende, nicht gewählte Gemeinderäte in den Ausschuß aufzunehmen, sind die Bestimmungen über den Haushalt oder die Bestimmungen über die Dringlichkeitsbeschlüsse. In Diskussion war auch die Form der Bestellung eines Volksanwaltes und die Form der Durchführung der Referenden.

Die Diskussion mußte fast zwangsläufig entstehen und erfolgen, wenn man sich vor Augen hält, daß die Gemeinden in ihrer Struktur ganz einfach untereinander und von einander zu verschieden sind und deshalb auch ihrer Verwaltung ganz unterschiedliche Erfordernisse entstehen. So sehr beeinflussen die Bevölkerungszahl, die Flächengröße die geographische Lage, die vorhandenen Sozial- und Infrastrukturen, die Bedürfnisse und die Erfordernisse einer Dorfgemeinschaft. Deshalb auch die Form und auch ihre Verwaltung. Hier haben wir in den langen Aussprachen den Modus gefunden, vielen Gemeinden die Möglichkeit zu geben, entsprechend ihren Bedürfnissen sich die Satzung zurechtzuschneiden. In der Satzung hat jede Gemeinde die Möglichkeit, sich die Ordnung so zu geben, wie sie es wünscht und wie sie es für angepaßt hält. In den vorgelegten Änderungen, die zum Teil meine Partei, der ich die Ehre habe, anzugehören, vorgelegt hat, aber die auch von vielen anderen gekommen sind und, die hoffentlich in den Aussprachen zwischen den Fraktionsführer zu einer Art Einigkeit führen, haben wir dem Selbstverständnis und dem Demokratieverständnis der Gemeinden noch zusätzlich Rechnung getragen, indem wir einen Großteil der Bestimmungen in Kann-Bestimmungen umwandeln möchten. Sie ermöglichen es, den Gemeinden sich ein Satzungskleid nach eigenem Maß zurechtzuschneiden, zurechtbiegen. Wir haben auch dazu noch die Möglichkeit, daß die zum Teil nicht unwesentlichen Änderungen an den Reformgrundsätzen des Staates, dem Staat gegenüber, wenn wir das Gesetz vorlegen, genügen, um uns dieses Gesetz durchgehen zu lassen, weil wir ja den Gemeinden die Möglichkeit geben, diese Reformgrundsätze des Staates durchzuführen. Ein kleiner Nebeneffekt des Problems Satzung: Die Gemeindeaufsicht muß in Zukunft nicht nur mehr die Beschlüsse der Gemeinden entsprechend den allgemeinen Gesetzen überprüfen, sondern sie muß praktisch jedes einzelne Statut wie ein Gesetz kennen und die Beschlüsse auch im Hinblick auf die einzelnen Statuten überprüfen.

Etwas, was in diesem Gesetzentwurf fehlt und was Kollege Kußstatscher vorhin auch angedeutet hat, ist das Problem der Amtsentschädigung und der Sitzungsgelder. Ich teile seine Ansicht und unterstütze seinen Antrag, wenn man ihn so nennen darf, daß es hoffentlich gelingen solle, bis in den Herbst auch diesen Punkt in das Gesetz einzubauen. Er ist ein wesentlicher Bestandteil der Verwaltung einer Gemeinde und es ist nicht ganz einsehbar, nachdem politisch ziemlich eine Einigung erreicht worden ist, daß dieser Punkt nicht in der neuen Gemeindeordnung Platz finden kann.

Zwei wesentliche Punkte eines Reformgesetzes für Gemeinden fehlen mir in

diesem Gesetz, aber sie fehlen auch schon im staatlichen Reformgesetz. Zwar das Problem der direkten Bürgermeisterwahl und das Problem der Steuerhoheit der Gemeinden. Wie es aussieht, sind beide Probleme von der jetzigen Amato-Regierung schon in Angriff genommen, direkt die Bürgermeisterwahl und ich glaube, wenn es dann soweit ist, werden auch wir sehr intensiv mit diesem Problem befassen müssen, weniger direkt die Steuerhoheit. Den letzten Berichten entsprechend sieht es so aus, daß die Regierung Amato für die nächsten Finanzjahre vorsieht, daß die Gemeinden auf schon bestehende Steuern Zuschläge erheben können. Das ist nicht das, was ich unter Steuerhoheit verstehe. Steuerhoheit für die Gemeinden, wie es auch in anderen Staaten praktiziert wird, heißt, daß sie den Großteil ihres Finanzbedarfes aus eigenen Steuern erheben und daß nur durch Finanzausgleich – und den wird es immer geben und brauchen – die fehlenden, zusätzlichen Gelder für die Gemeinden vom Staat zur Verfügung gestellt werden. Eine Autonomie der Gemeinden ohne Steuerhoheit kann nie vollständig sein. Auch wir als Regionalräte und als Landtagsabgeordnete verlangen und haben immer wieder verlangt für diese beiden Gremien die Steuerhoheit, weil auch wir wissen, daß diese Hoheit das i-Tüpfchen und der entscheidende Faktor für die Autonomie einer Gemeinde ist. Diese Steuerhoheit hat auch eine praktische Seite. Die Wünsche, die Bedürfnisse der Bevölkerung sind dann an den Griff zum eigenen Geldbeutel direkt gekoppelt. Es ist ein Unterschied, ob meine Wünsche als Bürger von mir dann auch verlangen, daß ich mehr an Steuern für die Gemeinde ausbebe oder ob ich nur vom Verwalter verlange, daß er sich beim Geldgeber von heute, siehe Land und Staat, mehr einsetzt, um mehr Geld zu bekommen. Ich bin aber überzeugt, daß auch dieses Problem früher oder später, sei es vom Staat und in unserer sekundären Gesetzgebungsbefugnis auch von uns dann angegangen werden muß. Es liegt jetzt dann an den Gemeinden, was sie aus diesem Gesetz machen. Die Möglichkeiten werden viel größer als bisher sein. Ich bin allerdings realistisch genug, um zu glauben, daß ein Gesetz bessere Menschen, bessere Verwalter und bessere Demokraten macht. Aber ich bin optimistisch genug, um mein Vertrauen in unsere freigewählten Gemeinderäte und Gemeindeverwaltungen ist groß genug, um überzeugt zu sein, daß sie die neuen Möglichkeiten ausnützen werden. Wenn es nicht gleich ist, dann wird der Druck der Bevölkerung auf ihre Gemeindeverwaltung groß genug sein, um auch diese von Gemeindepotentaten, von denen man sich anscheinend so fürchtet, zu Gemeindedemokraten zu machen.

Dies hoffe ich mindestens und in der Überzeugung, daß es so sein wird und aus der Überzeugung heraus, daß dieses Gesetz ein wesentlicher Schritt zur Demokratisierung der Gemeinden ist, gebe ich diesem Entwurf meine volle Zustimmung.

(Illustre Presidente! Stimati colleghi! Stiamo ora discutendo un disegno di legge che ritengo uno dei più importanti dell'intera legislatura. Questa legge di recepimento della legge statale n. 142, che è una legge di riforma nel vero senso della parola, dovrebbe apportare delle modifiche alla vita dell'amministrazione comunale, garantendo delle amministrazioni comunali più stabili e più efficienti. Tuttavia bisogna ammettere che alcuni dei principi enunciati nella legge statale non sono affatto nuovi, poiché tutto quello che appare come fondamentale elemento di riforma, trova già applicazione in molti Stati a noi confinanti, attraverso norme provinciali, comunali o dei Land, dove i principi oggetto oggi di accese discussioni, si sono dimostrati validi. Dato che con questo disegno di legge verranno apportate delle modifiche sostanziali alla vita comunale, era inevitabile che suscitasse l'interesse delle amministrazioni comunali, della popolazione e ritengo che solamente questo sia il motivo per cui la sua trattazione sia stata ritardata. Sono inoltre dell'avviso che i timori espressi dal Presidente Andreolli, che ci sia qualcuno che vuole procrastinarne l'esame in Aula, siano fuori luogo. Condivido l'opinione dell'oratore che mi ha preceduto sull'utilità di discutere esaustivamente norme e leggi così importanti.

L'aspetto più significativo di questa legge è il cosiddetto statuto comunale. I Comuni infatti emanano delle norme fondamentali, una specie di Costituzione, secondo le quali vengono disciplinati i processi amministrativi nonché la vita del Comune. Nuove sono anche le norme sulla partecipazione dei singoli cittadini alla vita comunale tramite determinati organismi ed associazioni comunali e sovracomunali. Il controllo esercitato dall'autorità provinciale preposta alla vigilanza sugli enti locali viene ulteriormente ridotto e si limita in definitiva solamente alle deliberazioni di fondo del Consiglio comunale; ed il disegno di legge presentato in quest'Aula dalla Giunta regionale riduce ancor di più quest'obbligo di controllo da parte dell'organo provinciale.

Come ho già avuto modo di dire, questo disegno di legge è stato oggetto di svariate discussioni e talvolta anche di accesi dibattiti. Per cui non voglio affermare che la legge è indiscussa, al contrario. Oggetto di svariate discussioni sono stati soprattutto la ripartizione delle competenze tra Consiglio e Giunta comunale, le modalità di elezione del Sindaco e della Giunta, la possibilità di eleggere in seno alla Giunta persone estranee al Consiglio comunale, le norme sul bilancio o le deliberazioni adottate in via d'urgenza, inoltre le modalità della nomina del difensore civico e dell'indizione di referendum.

Era ovvio che nascesse e si sviluppasse un acceso dibattito attorno a tali temi, se si tiene presente che i Comuni sono molto diversi nella loro struttura, si differenziano molto tra loro ed anche le loro esigenze amministrative sono di diversa natura. Di notevole rilevanza a tale riguardo sono chiaramente il numero degli abitanti del Comune, la sua superficie, la posizione geografica, le strutture sociali presenti, le infrastrutture e non per ultimo le necessità e le esigenze della collettività. Per cui differente sarà anche la forma e l'amministrazione del Comune stesso. Nei lunghi incontri tenuti siamo riusciti ad individuare il modo per dare a molti Comuni la possibilità di elaborare uno Statuto che risponda alle effettive necessità. Infatti ogni Comune ha la possibilità di stabilire nello Statuto le norme per il suo funzionamento, determinare le attribuzioni degli uffici etc., quindi di adattarlo alle proprie esigenze. Negli emendamenti apportati in parte anche dal partito a cui ho l'onore di appartenere, ma che sono stati presentati anche da molti altri consiglieri, e che auspico possano rappresentare un punto di raccordo per i capigruppo, abbiamo tenuto ulteriormente conto dell'autonomia e della sensibilità democratica dei Comuni, trasformando la gran parte delle norme previste da obbligatorie in facoltative. E questo permette ovviamente ai Comuni di elaborare uno Statuto che risponda ad un proprio modello. A ciò si aggiunge inoltre il fatto che quelle modifiche sostanziali apportate ai principi di riforma previsti dalla legge statale, saranno sufficienti a garantire l'approvazione della presente legge; esse prevedono infatti la possibilità per i Comuni di attuare dei principi di riforma. L'elaborazione dello Statuto comunale implica però per l'organo provinciale preposto alla vigilanza sugli enti locali, non solo l'esame di legittimità delle deliberazioni comunali, per verificare se contrastano con leggi dello Stato, bensì anche l'esame di ogni singolo Statuto e delle relative deliberazioni rispetto ai singoli Statuti stessi, rendendo necessaria un'approfondita conoscenza di ogni Statuto comunale.

Ciò che non è stato disciplinato in questo disegno di legge ed a cui ha già accennato il collega Kuftatscher è l'istituto dell'indennità di carica e di presenza. Condivido le perplessità sollevate e faccio mia la richiesta di inserire tale disciplina nel disegno di legge, prima che ne venga ripreso l'esame del presente provvedimento legislativo in autunno. Si tratta di un istituto molto importante per la vita amministrativa del Comune e poiché a livello politico è già stato raggiunto un accordo, non ritengo che vi siano ostacoli per una sua disciplina attraverso il presente disegno di legge.

Due principi molto importanti per una legge di riordino dell'amministrazione comunale non sono stati fissati né in questo provvedimento né nella legge statale: l'elezione diretta del Sindaco e l'autonomia impositiva dei Comuni. A quanto pare queste due innovazioni sono all'esame del Governo Amato e ritengo che in futuro ci si dovrà occupare intensamente di

queste problematiche, forse in misura minore dell'autonomia impositiva. Stando alle ultime notizie, pare che il Governo Amato preveda per i prossimi anni finanziari la facoltà per i Comuni di aumentare le imposte comunali. E questo non è proprio ciò che intendo per autonomia impositiva. Autonomia impositiva per i Comuni, come viene praticata in altri Stati, significa che la maggior parte del fabbisogno finanziario viene coperto con propri tributi e solamente attraverso l'equilibrio finanziario lo Stato provvede a sovvenzionare i Comuni che lo necessitano. Un'autonomia comunale non può essere completa senza un'autonomia impositiva. Anche noi in veste di Consiglieri regionali e provinciali abbiamo sempre chiesto per questi due organi l'autonomia finanziaria poiché sappiamo che essa costituisce un elemento fondamentale dell'autonomia comunale. L'autonomia impositiva ha chiaramente anche un aspetto pratico, perché le istanze, le necessità della popolazione vengono ad essere direttamente collegate alle risorse della popolazione stessa. Esiste una notevole differenza se le istanze dei cittadini implicano maggiori tasse comunali o se invece implicano maggiori richieste di sovvenzioni provinciali o statali. Sono fermamente convinto che anche questo problema verrà affrontato sia dalla legislazione statale che da quella regionale in virtù della competenza legislativa concorrente. Ovviamente dipenderà poi dai Comuni saper applicare al meglio questo disegno di legge, certamente le possibilità saranno maggiori rispetto al passato. Sono comunque abbastanza realista per sapere che una legge non può migliorare le persone, gli amministratori ed i democratici. Ma sono però sufficientemente ottimista da riporre la fiducia nei nostri Consiglieri ed amministratori comunali eletti liberamente dal popolo e sono anche convinto che essi utilizzeranno al meglio le possibilità che si offriranno di volta in volta. Se ciò non accadrà subito, accadrà in futuro su pressione della popolazione e tale pressione sarà così forte da trasformare i potentati comunali, apparentemente così temuti, in democratici comunali.

Questo è perlomeno quanto auspico; sono altresì convinto che in futuro questi cambiamenti potranno essere realizzati, che questa legge rappresenti un passo importante verso la democratizzazione dei Comuni, e per questo motivo darò con piacere il mio voto favorevole a questo disegno di legge).

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abg. Taverna.

Er hat das Wort.

PRESIDENTE: Il prossimo oratore iscritto a parlare è il cons. Taverna.

Prego, Lei ne ha la facoltà.

TAVERNA: Signor Presidente, mi sono iscritto a parlare in discussione generale, però la preavverto immediatamente che intendo parlare molto brevemente, qualche minuto, sull'ordine dei lavori, perché, come relatore di minoranza a questo disegno di legge, mi trovo nella scomoda posizione di colui che si è impegnato, ha studiato, ha comunque cercato di fare fino in fondo il proprio dovere che ora dovrebbe intervenire in discussione generale di fronte ad un'aula quasi deserta, visto che la maggior parte dei consiglieri ormai hanno abbandonato i lavori dell'Assemblea. Tutti sanno che questa mattina i lavori di questa Assemblea sono una finzione di fatto e di diritto e quindi protesto energicamente nei confronti di un modo di lavorare, che sicuramente non sono degni di un'Assemblea legislativa di questo livello.

Allora, signor Presidente del Consiglio, a nome del gruppo del M.S.I., come relatore di minoranza e come presentatore di emendamenti, parteciperò alla riunione prevista dopo la chiusura della tornata di questa mattina, ma preavverto — e questo lo dico perché non solo sia portato a futura memoria, ma perché risulti come testimonianza — che questo metodo del confronto extra-istituzionale è sbagliato, deve essere fieramente combattuto e contrastato e quindi chiedo ufficialmente, in presenza di un'aula deserta, che il confronto avvenga unicamente

nella sede istituzionale, che è la Commissione; abbiate il coraggio voi della Giunta e lei particolarmente, assessore competente, di rimandare il disegno di legge all'esame della Commissione, affinché essa, quale unico organo abilitato e competente, possa vagliare gli emendamenti, visto che secondo le enunciazioni e le dichiarazioni degli esponenti della maggioranza questo disegno di legge dovrebbe essere radicalmente modificato rispetto al testo che è uscito dalla Commissione.

Se noi operiamo sulla base di un confronto che non sia a livello di Commissione, incorriamo in una grave scorrettezza istituzionale nei confronti della Commissione medesima, poiché il sistema che si intende adottare nel gestire le problematiche è inaccettabile dal punto di vista istituzionale. Tenete presente che se questa predica vi viene fatta da uno che voi considerate come negatore delle libertà oppure disconoscitore delle regole parlamentari e questo dimostra che questa Assemblea è talmente caduta in basso che la dignità della stessa deve essere difesa da un rappresentante del M.S.I.. Intendiamoci, sono onorato di rappresentare e di difendere le istanze consiliari e dell'organo legislativo, anche per una questione di rispetto nei confronti dei colleghi che sono intervenuti questa mattina e ieri, perché sappiamo che la discussione di questa mattinata è tesa unicamente a giustificare la nostra presenza in questa sede, e quindi per difendere in un certo qual modo la nostra immagine di fronte alla pubblica opinione. Non so se gli organi di stampa lo vorranno scrivere, questo poco importa, comunque l'atteggiamento del sottoscritto è di condanna nei confronti di un metodo che si fonda sulla finzione, sull'arbitrio, ritenendo doveroso che queste prerogative siano fortemente combattute per il ripristino di un minimo di legalità e di dignità per noi, che rappresentiamo in fin dei conti il mandato popolare.

Quindi, signor Presidente, preannuncio fin d'ora che il M.S.I. chiederà che il confronto sugli emendamenti venga eseguito in Commissione ed invito il rappresentante della Giunta a pronunciarsi in merito, perché è bene una volta per tutte che si faccia luce e trasparenza sul modo di lavorare. Signor assessore, le chiedo formalmente, a nome del gruppo del M.S.I., che il disegno di legge n. 72 venga ritirato dall'ordine del giorno e venga riproposto nel testo modificato in Commissione, perché questa è l'unica procedura seria, anche sul piano istituzionale e parlamentare, quale diretta conseguenza di un modo di operare trasparente rispetto invece ad un modo come sempre consociativo, che va alla ricerca all'ultimo minuto del compromesso e che il M.S.I. fin da questo momento dichiara di contrastare e di contestare.

PRÄSIDENT: Abg. Taverna, das gilt für Sie und für alle anderen. Man braucht sich nicht unbedingt aufzuregen, wenn man einen Standpunkt darlegt. Man kann das auch mit Ruhe und Sachlichkeit tun, ohne Polemiken.

Ich möchte Ihnen dazu nur noch folgendes sagen: erstens, was den Arbeitsgang betrifft, ich weiß, da gibt es verschiedene Meinungen, aber dieser Arbeitsgang ist heute Vormittag im Fraktionsführerkollegium beschlossen worden und ich tue nichts anderes, als diesen Beschluß, dem Ihr Fraktionsvorsitzender Montali zugestimmt hat, auszuführen. Der Abg. Montali war mit dieser Vorgangsweise einverstanden. Er hat auch nicht den Vorschlag gebracht, in die Kommission zurückzugehen, sondern diese Zusammenkunft zwischen Mehrheit und Minderheit zu organisieren. Ich würde Sie bitten, wenn schon dies in Ihrer Gruppe auch zu klären.

Zum zweiten, was die Möglichkeit betrifft – das sage ich jetzt nur aus formeller Sicht –, den Gesetzentwurf in die Kommission zurückzubringen, sieht die Geschäftsordnung diese Möglichkeit vor, allerdings nach Abschluß der Generaldebatte und nicht als Recht des Einbringer des Gesetzentwurfes, sondern als Recht des Regionalrates, d.h. nach Abschluß der Generaldebatte kann jeder Abgeordnete beantragen, weil er – wie Sie begründet haben – zuviel

Abänderungsanträge sieht oder weil man meint, es wäre besser, das noch einmal zu überprüfen usw., daß der Gesetzentwurf der Kommission zurückgestellt wird. Aber diese Prozedur ist nach Abschluß der Generaldebatte vorgesehen und nicht dem Ermessen des Einbringers vorbehalten, sondern dem Regionalrat, weil der Gesetzentwurf nach Genehmigung durch die Gesetzgebungskommission nicht mehr dem Einbringer, sondern dem parlamentarischen Organ gehört. Somit haben sie diese Möglichkeit derzeit noch offen, wenn Sie es beantragen möchten. Was jetzt hinter den Kulissen mit den Fraktionsvorsitzenden gemacht wird – wobei mir dann gleich ist, ob Sie kommen oder der Kollege Montali, auch das müssen Sie mit ihrem Fraktionsvorsitzenden ausmachen – ist ein Versuch im Guten, im sogenannten Gentleman's Agreement zu versuchen, eine Einigung zu erzielen, ohne dabei die Rechte, die formal in der Geschäftsordnung festgelegt sind, irgendwie zu berühren.

Damit setzen wir die Debatte fort. Der nächste Redner ist der...

Abg. Rella, wozu?

Prego, sull'ordine dei lavori.

PRESIDENTE: Cons. Taverna, quanto dirò vale per Lei ed anche per tutti gli altri colleghi. Non è assolutamente necessario alterarsi in questo modo per esprimere la propria opinione. Si può farlo con assoluta calma, oggettività e senza polemizzare.

In primo luogo desidero specificare che sono a conoscenza delle opinioni divergenti inerenti l'andamento dei lavori, e che tale procedura è stata concordata questa mattina alla conferenza dei capigruppo. Io non faccio altro che attuare quanto è stato deliberato anche dal suo capogruppo, il cons. Montali. Il cons. Montali stamani si è dichiarato d'accordo con questa procedura e non ha avanzato alcuna proposta di riproporre all'esame della Commissione il disegno di legge in oggetto; al contrario ha salutato positivamente la proposta di organizzare l'incontro tra maggioranza e minoranze. Per questo La pregherei di chiarire questa questione all'interno del Suo gruppo consiliare.

In secondo luogo, per quanto concerne la possibilità di riproporre il disegno di legge all'esame in sede referente, il Regolamento interno prevede che la richiesta di rinvio del disegno di legge all'esame della Commissione legislativa competente può essere formulata dopo la chiusura della discussione generale da ogni consigliere e non è quindi prerogativa del presentatore bensì del Consiglio regionale stesso; tale richiesta può ad es. venire avanzata quando ci sono moltissimi emendamenti e si ritiene che sia meglio esaminarli in sede referente. Ma questa procedura può essere seguita solamente dopo la chiusura della discussione generale e non a discrezione del presentatore; ribadisco quindi che la decisione in merito spetta al Consiglio regionale, poiché il disegno di legge dopo la sua approvazione in Commissione legislativa viene trasmesso all'organo parlamentare. Per cui al momento esiste questa possibilità. Ciò che è stato concordato in via informale, "dietro le quinte" – e Le posso assicurare collega Taverna che per me è indifferente chi sarà presente alla seduta tra minoranze e maggioranza, se Lei oppure il collega Montali, poiché anche questa decisione va presa nell'ambito del suo gruppo consiliare – non rappresenta che il tentativo di giungere ad un'intesa in un gentlemen's agreement, senza tuttavia prevaricare i diritti sanciti dal Regolamento interno del Consiglio regionale.

Proseguiamo ora la discussione generale. Il prossimo oratore iscritto a parlare è...

Cons. Rella, in merito a cosa desidera intervenire?

RELLA: Sull'ordine dei lavori. Credo sarebbe corretto in presenza di una proposta formale di sospensione avanzata da parte di un consigliere, non commentarla, ma applicare il Regolamento

chiedendo all'aula di esprimersi mediante votazione, in quanto non ritengo corrispondente al buon funzionamento complessivo delle cose discutere sempre e commentare le richieste dei consiglieri, per cui d'ora in avanti faccio presente che ogni volta che la proposta verrà commentata dalla Presidenza, ne terrò conto.

Faccio presente che nella discussione generale in corso erano presenti – ho controllato bene più volte – 14 membri della maggioranza su 47, di cui due sono il Presidente del Consiglio regionale e l'assessore di merito, obbligati ad essere presenti, e faccio presente che questa situazione si trascina in modo che anch'io considero non decente per la portata del confronto su una legge che secondo il collega Alber è rivoluzionaria – la rivoluzione può essere anche questo –, per cui forse meriterebbe l'attenzione dell'aula. Se invece questo trascinarsi delle cose non più decente avviene perché ci sono contrasti nella maggioranza, intorno alle modifiche da apportare, prima di discutere gli emendamenti, collega Taverna, più che per altre ragioni...

(Interruzione)

PRÄSIDENT: Herr Abg. Rella, Sie sind außerhalb des Themas. Sie haben zum Fortgang der Arbeiten reden wollen und ich möchte hören was diesbezüglich zu sagen ist.

PRESIDENTE: Cons. Rella, lei è fuori tema, infatti ha chiesto la parola sull'ordine dei lavori, per cui intendo sentire quanto ha da dire a tal proposito.

RELLA: Sono nel tema! Sull'ordine dei lavori...

(Interruzione)

PRÄSIDENT: Sie sind außerhalb des Themas, bitte begründen Sie Ihren Antrag, sonst fahren wir mit den Arbeiten fort. Das Wort hätte der Abgeordnete Pahl. Man kann nicht das Wort verlangen zum Fortgang der Arbeiten, um praktisch die Reihenfolge der Rednerliste zu überspringen. Halten Sie sich also ans Thema.

PRESIDENTE: Lei è fuori tema, la prego di motivare la sua richiesta, diversamente proseguiamo con i lavori. La parola spetterebbe al cons. Pahl, ma non posso ammettere che si chieda di intervenire sull'ordine dei lavori per sovvertire praticamente l'ordine della lista degli oratori, quindi la invito ad attenersi all'argomento.

RELLA: Lei non riuscirà mai più a provocarmi, Presidente. Insisto sull'opportunità di sospendere i lavori dell'aula, perché sono svolti in modo non corrispondente al bisogno. Servono per coprire un disagio che è interno, uno scontro, credo si tratti di cominciare subito l'esame degli emendamenti, ma è indecente proseguire i lavori in questa maniera. E' palese il disinteresse dell'aula, allora c'è una proposta del collega Taverna che è di rinvio alla Commissione, credo che vada messa in discussione ed ai voti. La mia proposta è quella di sospendere subito i lavori e cominciare subito l'esame degli emendamenti che sono depositati, perché questa è esclusivamente una formalità, ma non più dignitosa per l'aula.

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Rella. Ich habe Ihren Vorschlag schon heute früh gehört, aber Sie müssen auch die demokratischen Spielregeln endlich anerkennen. Heute früh ist der Vorschlag gemacht worden und wir haben vereinbart bis 12.00 Uhr zu arbeiten. Ich sehe nicht ein, warum

wir den ganzen Vormittag noch einmal darüber diskutieren muß, daß die Sitzung bis 11.30 Uhr dauern soll.

...Ich habe die Geschäftsordnung anzuwenden und nicht Sie, Kollege Rella. Bitte respektieren Sie die demokratischen Regeln.

Vorgemerkt ist jetzt der Abg. Pahl. Und noch etwas möchte ich Ihnen sagen. Der Präsident hat nicht Kommentare zu den einzelnen Wortmeldungen abzugeben, sondern wenn der Präsident gefragt wird oder eine Anregung auf ihn erfolgt, dann hat der Abgeordnete – in diesem Falle vorhin der Abgeordnete der MSI-Fraktion – auch das Recht gehabt, eine Antwort zu bekommen. Aber solange Sie in dieser Form glauben, die Arbeiten bereichern zu wollen, wird es sicherlich nicht schneller von statten gehen.

Der Abg. Pahl hat jetzt das Wort.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Rella. Ho già avuto modo di sentire la Sua proposta questa mattina, ma anche Lei deve riconoscere ed accettare le regole democratiche del gioco. Questa mattina é stata avanzata ed accolta la proposta di proseguire i lavori sino alle ore 12.00. Non capisco perché si debba discutere tutta la mattinata sulla durata della seduta, se debba durare sino alle ore 11.30.

...Io debbo far applicare il Regolamento interno e non Lei, collega Rella. La prego di rispettare le regole democratiche del gioco.

Si era iscritto a parlare il cons. Pahl. Ma prima di concedergli la parola desideravo chiarire che il Presidente non può commentare i singoli interventi, ma se gli viene sottoposta una domanda o una proposta, ritengo che il consigliere in oggetto, in questo caso il rappresentante dell' MSI, abbia diritto ad ottenere una risposta. Finché Lei riterrà di arricchire in questo modo i lavori, sicuramente non procederemo più celermente.

La parola al cons. Pahl.

PAHL: Herr Präsident! Ich darf vielleicht auch meinerseits unterstreichen, daß ich es nicht für angemessen halte, wenn einzelne Abgeordnete dieses Hauses dem Präsidenten anlasten, daß er Beschlüsse des Fraktionsführerkollegiums nicht durchführt, wenn wir genau dabei sind, nichts anderes zu tun, als diese Beschlüsse durchzuführen. Gemäß Geschäftsordnung ist das Fraktionsführerkollegium für den Fortgang der Arbeiten zuständig, wenn es sich darauf verständigt – und das ist erfolgt – und somit besteht keine Notwendigkeit, die Diskussion erneut darüber zu entfachen.

Herr Präsident, ein Staatsreformgesetz liegt diesem Gesetzentwurf über die neue Gemeindeordnung zugrunde. Ein Staatsreformgesetz besagt automatisch, daß wir auf Grund unserer eingeschränkten Autonomie, wenn auch mit einiger Verspätung jetzt angehalten sind, im Sinne dieses Staatsreformgesetzes unseren eigenen Gesetzentwurf vorzulegen. Unabhängig von diesem Staatsreformgesetz war eine solche Neuordnung längst schon fällig. Ich unterstreiche aber nochmals, daß wir auch bei diesem Gesetzentwurf über die Gemeindeordnung erneut an die Grenzen unserer Autonomie stoßen und daß auf Dauer natürlich beide Länder Trentino und Südtirol bestrebt sein müssen, eine Autonomie zu erlangen, die sie nicht immer an die Vorgaben staatlicher Reformgesetze bindet. Der Begriff Effizienz ist im Rahmen dieser Diskussion bereits mehrmals gefallen und es wurde auch gefragt, worin die Effizienz eigentlich zu bestehen habe. Ich glaube, dem Sinn des Begriffes nach ist es eigentlich recht einfach festzustellen, was sie im Rahmen einer Gemeindeverwaltung zu bedeuten hat. Es geht um nichts anderes als um Beschlüsse durchzuführen, die auf demokratisch legaler Ebene zustande gekommen sind und die Durchführung muß in möglichst kurzer Zeit und im Sinne der Beschlüsse erfolgen. Selbstverständlich wurde auch gesagt, daß es eine Diktatur

wesentlich leichter hätte, Beschlüsse durchzuführen, oder auch in einzelnen Fällen Maßnahmen zu setzen, die durchaus auch einmal im Sinne des Gemeinwohls sein könnten. Dieser Regionalrat braucht aber – glaube ich – nicht darüber belehrt zu werden, daß jede Form von Diktatur, sei sie nun besonders streng oder nur in gewisser autoritärer Form gegeben, nicht der Gegenstand einer ernsthaften Diskussion und damit auch nicht eines Vorwurfs hier Gegenstand sein soll. Wir haben genügend Erfahrungen mit Diktaturen in der Vergangenheit gesammelt, auch in Europa, um genau zu wissen, wie kostbar die Demokratie ist, trotz aller Mängel und auch wenn wir wissen, daß auch die Demokratie keine Garantie für tatsächlich in jedem Fall vernünftige Entscheidungen für das Gemeinwohl ist. Eine ganze Reihe von Punkten, die in diesem Gesetzentwurf angeführt sind, sind einer Bemerkung würdig. Sie sind zu einem größeren Teil auch längst in der Öffentlichkeit auch von den betroffenen Gemeinderäten diskutiert worden.

Eine Minderheit von Gemeinderäten hat eine Reihe von Vorschlägen vor längerer Zeit unterbreitet und ein Teil dieser Vorschläge ist im Gesetzentwurf auch berücksichtigt worden bzw. in Änderungsanträge, die vorliegen. Zu einigen dieser Punkte möchte ich aus meiner Sicht Stellung nehmen. Was die Frage eines Volksanwaltes betrifft, so geht man von der Erwartung aus, daß es einem solchen Volksanwalt möglich sein werde, eventuelle Mängel in der Gemeindeverwaltung aufzuwecken, wenn Bürger zu ihrem Nachteil davon betroffen sind. Die gleiche Grundidee lag ja vor Jahren der Einführung der Verabschiedung des Gesetzentwurfes über den Volksanwalt auf Landesebene vor. Wir haben aber bereits in der Anwendung des Landesgesetzentwurfes gesehen, daß es so einfach wieder dann gar nicht ist, geeignete Volksanwälte zu finden. Jedesmal bedurfte es einer längeren Suche und Diskussion, bis der Volksanwalt dann durch den Landtag gewählt werden konnte. Gleichzeitig wurde damals der Volksanwalt in seinen Kompetenzen eher eng gehalten. Der Gesetzgeber hätte schon damals sich entscheiden müssen, ob er einen Volksanwalt mit Kompetenzen will oder ob er das nicht will. Er wollte es im Grunde doch nicht. Auch künftig wird es auf Gemeindeebene entscheidend sein, wenn die Gemeinderäte, die in der Satzung einen solchen Volksanwalt vorsehen, von vornherein sich darüber klar sind: erstens, ob sie in der Lage sind, einen solchen zu finden und zweitens, welche Rolle er dann tatsächlich spielen soll. Auf Landesebene hat sich nämlich gezeigt, was jedem von uns bewußt ist. Daß jeder Abgeordnete im Prinzip immer schon gegenwärtig und wohl auch in Zukunft, gleiche Arbeiten wie der Volksanwalt auf Landesebene auch macht, nur mit dem Unterschied, daß ein Abgeordneter zusätzlich das formelle Fragerecht an die Landesregierung hat und diese Möglichkeit, die Landesregierung in jedem Fall dazu nötigt, Auskunft zu erteilen. Das heißt, eine Fragestellung eines Abgeordneten an die Landesregierung wird öffentlich beantwortet, eine Frage des Volksanwaltes an die Landesregierung nur auf nicht öffentliche Weise.

Ein Gemeinderat hätte nun auf der gleichen Ebene immer schon und auch in Zukunft die gleiche Möglichkeit, Fragen an die Gemeindeverwaltung, also an den Ausschuß, den Assessoren, an den Bürgermeister zu richten, ob in diesem oder jenen Fall im Verwaltungsbereich ein Bürger geschädigt worden ist oder ob in anderer Weise Beschlüsse nicht durchgeführt worden sind. Ganz streng genommen frage ich mich eigentlich, was ein Volksanwalt eigentlich noch zusätzlich tun soll, wenn bereits im Gemeinderat zehn oder noch viel mehr Gemeinderäte vorhanden sind, die jederzeit, ohne jede besondere Formalität, Anfragen dieser Art stellen können. Andererseits wird mit der Forderung nach der Einführung eines Volksanwaltes unausgesprochen zugegeben, daß diese Funktion der Fragestellung von den Gemeinderäten offensichtlich nicht ausreichend ist oder daß die Gemeinderäte anscheinend nicht alle in der Lage sind, rechtzeitig und präzise genug mit genügend Sachkenntnis die Fragestellung so zu formulieren, daß die Auskunft keinen Zweifel mehr offenlassen kann. Wenn

die Satzung künftig aber die Einführung eines Volksanwaltes vorsehen kann, nicht muß, und dabei natürlich die Möglichkeit offenlassen kann, daß verschiedene Gemeinden sich gemeinsam einen Volksanwalt stellen, damit er tatsächlich auch Arbeit hat, so mag das trotzdem vernünftig sein. Besondere Wunder würde ich mir aber davon nicht erwarten. Wesentlich bedeutender erscheint mir, daß die Gemeindegliederung vorsehen kann, daß auch eine Volksbefragung möglich ist. Hier wird die Basisdemokratie ermöglicht, wie es mit Einschränkung in der Schweiz immer schon der Fall ist. Andererseits weiß man aus den Beispielen der Schweiz auch, daß nur in seltenen Fällen eine Mehrheit der Bürger an solchen Volksabstimmungen, die häufig stattfinden, überhaupt teilnimmt. Aber die Einführung der Volksbefragung ist ein Schritt zu wesentlich mehr Basisdemokratie, der die Annahme vorausgeht, daß der Bürger mündig sei. Von einer möglichen Begrenzung von Mandatsdauern wurde im Rahmen der Diskussion gesprochen und Kollege Kußtatscher hat einen entsprechenden Vorschlag gemacht. Sollte man später einmal – nicht in diesem Gesetz ist davon die Rede – aber sollte man später auch nachdenken, daß bestimmte Begrenzungen der Mandatsdauer sinnvoll seien, so wird sich im gleichen Augenblick die Frage stellen, ob eine solche Notwendigkeit nicht auch auf höheren Ebenen gegeben wäre. Das bedeutet dann Ämter in der Landesregierung, der Regionalregierung und dergleichen. Begrenzungen einer Mandatsdauer für bestimmte Funktionen kann nur dann sinnvoll sein, wenn sie erstens ohne Ausnahmen erfolgt und zweitens wenn sie auf allen Ebenen durchgeführt ist. Andererseits möchte ich hier einen Gedanken einstreuen, den eine grüne Politikerin aus Deutschland kürzlich in einer sehr angesehenen bundesdeutschen Zeitung angebracht hat. Sie sagte – überraschend für eine Grüne, aber umsomehr hervorzuheben: "Jede Demokratie müsse sich auch überlegen, inwieweit sie sich einen raschen Verschleiß von Eliten leisten könne". Begrenzungen von Mandatsdauern können unter bestimmten Rücksicht ohne weiteres sinnvoll sein, aber sie sind wiederum mit Maß vorzunehmen, damit man nicht zu vorzeitigem Verbrauch von Personen mit Erfahrungen gelangt.

In diesem Gesetzentwurf sind Änderungen für die Wahl des Bürgermeisters bzw. des Ausschusses vorgesehen. Man weiß auch, daß die neue Regierung Amato, die viel Vorschußlorbeeren erhalten hat, bereits daran denkt und zwar ernsthaft, daß der Bürgermeister direkt gewählt werden solle, also von der Bevölkerung selbst. Unser Gesetzentwurf sieht es noch nicht vor. Ich habe für meinen Teil meine Fraktion bereits mit der Frage insofern befaßt, als ich den Punkt auf die Tagesordnung habe setzen lassen und im Laufe der nächsten Zeit werde ich einen formellen Gesetzentwurf vorschlagen, der auch eine Direktwahl der Bürgermeister vorsieht, aus der einfachen Erwägung heraus, daß man von der Mündigkeit der Bürger nicht nur reden darf, sondern daß man dann zur Konsequenz schreiten muß. Ein direktgewählter, höchstgewählter Mandatar auf Gemeindeebene, und möglich wäre es auf anderen Ebenen natürlich auch, wäre den Bürgern noch wesentlich unmittelbarer verantwortlich als heute. Das bedeutet nicht, daß die heutige Form nicht auch demokratisch genug ist, aber wir schreiten ja fort im Zeitalter der Massen- und der Mediendemokratie, im Bemühen, den Bürger immer mehr einzubeziehen. In einer Zeit, wo das Referendum, also die Volksbefragung eingeführt wird, ist es wohl auch langfristig eine Notwendigkeit, daß auch die Volksbefragung für die direkte Wahl des Bürgermeisters eingeführt wird. Das Bundesland Tirol hat die Direktwahl des Bürgermeisters in einem neuen Gesetz bereits vorgesehen und auch schon durchgeführt. Natürlich stellen sich dabei einige Fragen. Aber bei jeder Wahlform gibt es Vor- und Nachteile, Vorzüge und eventuelle Einwände. Ich selber bin aber dafür, diese Diskussion auf breiter Ebene in der Bevölkerung und nicht nur auf der Ebene der Gemeindefunktionäre voranzutreiben. Man müßte eine breite Diskussion mit der Bevölkerung ermöglichen, um zu wissen, ob ein solcher Wunsch für die Zukunft besteht. Sollte er bestehen – ich persönlich vermute es – dann wird der Gesetzgeber die Konsequenzen daraus ziehen. Ob ein staatlicher Gesetzentwurf mit

Reformkraft eine solche Direktwahl des Bürgermeisters in einiger Zeit vorsieht oder nicht, wird abzuwarten sein. Aus meiner Einschätzung nach sollten wir jedoch unabhängig von eventuellen staatlichen Maßnahmen die Diskussion beginnen. Ein wesentlicher Punkt der staatlichen Reform war auch die Einführung eines konstruktiven Mißtrauensvotums gegenüber dem Bürgermeister bzw. dem ganzen Ausschuß. Der Staat hat hier aus zahlreichen unguten Erfahrungen vor allem in größeren Städten gehandelt. Unregierbarkeit von Gemeinden waren in Italien an der Tagesordnung. Auch in Südtirol gab es in der Vergangenheit eine Reihe von Fällen, zahlenmäßig zum Glück nur wenige, wo die Gemeinden aufgrund von Spaltungen in den Gemeinden und schließlich auch aufgrund von Mißtrauensvoten gegenüber Bürgermeistern nicht mehr verwaltungsfähig waren. Die Folge war in manchen Fällen nicht die Neuwahl eines Bürgermeisters, sondern die Einsetzung eines Kommissars und damit die Aussetzung der demokratischen Verwaltung von Gemeinden. Auch Bozen war ja längere Zeit davon betroffen. Meiner Meinung nach müßte in einer Satzung festgehalten werden, daß Mißtrauensvoten konstruktiv sein müssen, denn eine Gruppe, die mit einem Mißtrauensvotum antritt, muß in der Lage sein, gegenüber dem Gemeinderat bzw. indirekt gegenüber dem Bürger ganz eindeutig zu sagen, wer an die Stelle gesetzt werden soll und mit welchem alternativen Programm. Eine Gruppe, die dazu nicht in der Lage ist, hat ganz offensichtlich nur die Absicht, zunächst einmal Chaos zu stiften. Haushaltsänderungen im Dringlichkeitswege scheinen mir hingegen nicht angebracht. Wie Kollege Kußstatscher erklärt hat, sollen in diesen Fällen, Dringlichkeitssitzungen des Gemeinderates stattfinden. Das scheint mir ebenfalls wesentlich günstiger, weil ja nur wenige Tage zu vergehen brauchen, um solche Dringlichkeitssitzungen auch stattfinden zu lassen. Hier bedarf es bei Haushaltsänderungen auf dem sogenannten Dringlichkeitswege keines Übereifers. Dringlich können sie auch durch Dringlichkeitssitzungen des Gemeinderates erfolgen. Das ist auch deshalb besser, um Kritiken im Nachhinein zu vermeiden und die Verantwortung des Gemeinderates von vornherein und nicht erst im Nachhinein voll wahrzunehmen. Einer der ganz wesentlichen Punkte dieses Gesetzentwurfes ist die Einführung einer Gemeindegatzung und das ist nichts weniger als die Möglichkeit für jeder Gemeinde gleich welcher Größe, eine Art eigene Gemeindeverfassung einzuführen. Das ist tatsächlich etwas substantiell neues und nicht nur irgendeine beliebige Reform. Der Entwurf bzw. Abänderungen sehen vor, daß das Gemeindestatut sehr weitreichende Kompetenzen hat, sich selbst die eigene Ordnung für die Verwaltung und die Kompetenzen des Gemeinderates zu geben. Das finde ich sinnvoll und es wird nicht schaden, wenn es innerhalb der Gemeinden auch zu einer geistigen Konkurrenz der Gemeindeverfassungen kommt, der Satzungen, wie man sie einfacher bezeichnet, aber man sie unter Anführungszeichen auch als Gemeindeverfassungen bezeichnen. In der Praxis wird der Gemeindenverband aber seine Hilfestellung leisten müssen, besonders auch für die Formulierung, damit sie in Nebenfall juristisch hält. Wenn die Kontrollpflicht der Aufsichtsbehörde zum Teil vermindert wird, so stellt sich die Frage, ob man den Gemeinden, den Verwaltern, den Gemeinderäten, konsequenterweise mehr Vertrauen entgegenbringen will oder nicht. Das heißt, hier ist auch die Nagelprobe fällig geworden, ob man die Mündigkeit nicht nur dem Bürger zumutet, sondern den Gemeinderäten insgesamt. Eine Verminderung der Kontrollpflicht bzw. des Kontrollrechts der Aufsichtsbehörden der Länder Südtirol wie Trentino, scheint mir auch eine natürliche Konsequenz der Rede von der Mündigkeit und Verantwortlichkeit der Gemeinderäte zu sein. Natürlich in jenen Fällen, wo die Kontrollpflicht und das Recht aber nach wie vor gegeben ist, wird es für die Aufsichtsbehörde etwas umständlicher und mühevoller der Aufsichtspflicht nachzukommen, weil sie in jedem Fall erst einmal die Gemeindeverfassung studieren muß. Zwar wird es in der Praxis nicht für jede Gemeinde eine völlig unterschiedliche Gemeindegatzung geben, aber es werden genügend Unterschiede bestehen bleiben, um die Aufsichtsbehörde zu zwingen, jedesmal die

Gemeindeordnung zu konsultieren. Ein gewisser Konfliktstoff wird hier vorbereitet werden, weil ja dann durch die Aufsichtsbehörde indirekt auch eine Interpretation einzelner Bestimmungen der Gemeindegatzung notwendig wird und besonders dann notwendig, wenn sich Gemeindegatzungen zum Teil erheblich unterscheiden werden. Die Aufsichtsbehörde und ihre Beamten werden also nicht mehr nur eine einzige Satzung zu begutachten haben und diese in jedem Fall immer gleich auslegen, sondern sie wird fallweise zu Interpretationen kommen müssen. Das wird also auch bei den Aufsichtsbeamten des Landes mehr Diskussionen hervorrufen. Aber das ist ja kein substantielles Problem. Die Entschädigung der Bürgermeister wird später erfolgen. Wir haben eine Regelung schon seit langem in Kraft und man will sie ändern. Das mag durchaus angebracht sein. Eine Frage in diesem Zusammenhang an die Regionalregierung. Vor ziemlich einigen Jahren wurde einmal ein Gesetzesvorschlag eingebracht, damals ein Gesetzesvorschlag, der von Südtiroler Seite ausging, daß mit der Entschädigung für Bürgermeister auch eine spätere Rente verbunden werden sollte. Der Staat hat dem damals nicht zugestimmt, aber eine Absage des Staates, die schon lange zurückliegt, muß nicht automatisch auch in Zukunft zu einer Absage erneut werden. Ich frage darum die Regionalregierung, ob sie sich vorstellen könnte, daß mit der Bürgermeisterentschädigung auch eine Bürgermeisterrrente verbunden wird, ungefähr nach dem Vorbild, wie sie für Regionalratsabgeordnete vorgesehen ist. Das ist nur zunächst als Frage bzw. als Vorschlag in die Diskussion geworfen. Vielleicht könnte die Regionalregierung ebenfalls dazu Stellung nehmen. Dies vor allem auch deshalb, weil wir heute in Südtirol schon ein so großes Ausmaß von Arbeit für Bürgermeister besonderes größerer Gemeinden haben, daß sie in der Praxis ihren Beruf ja nicht mehr ausüben können. In jenen Fällen, wo Bürgermeister nicht Angestellte öffentlicher Körperschaften, sondern z.B. Freiberufler sind, könnte eine solche Bürgermeisterrrente durchaus sinnvoll sein. Aber warum nicht auch generell? Das wird einer späteren Diskussion vorbehalten sein.

Die Steuerhoheit der Gemeinden ist nicht Gegenstand dieses Gesetzesentwurfes. Aber wenn wir von Gemeinden mit ihren Rechten und ihren Aufgaben für die Zukunft sprechen, muß auch die Frage der Einhebung eigener Gemeindesteuern zur Diskussion kommen. Der Staat hat angekündigt, daß die Gemeinden später einmal in die Lage versetzt werden sollen und wahrscheinlich schon bald, Zusatzbeträge auf Staatsteuern einzuführen. Wie Kollege Franz Alber erklärt hat, ist das natürlich keine Steuerhoheit, sondern das ist eine sehr begrenzte Möglichkeit, zusätzlich zu Geld zu kommen. Ob aber eine Gemeinde so etwas tun kann, besonders inwieweit sie das tun wird, hängt davon ab, ob sie die betreffenden Steuern des Staates selbst als sinnvoll oder womöglich schon als überzogen betrachtet und aus diesem Grunde eher Vorsicht walten lassen wird, wenn sie zusätzliche Zuschläge einhebt. Wirklich sinnvoll wäre nur die Möglichkeit für die Gemeinden, selbst Steuern festzusetzen, zusätzlich zum Finanzausgleich, der durch die Länder erfolgen muß, wie Kollege Alber bereits erklärt hat. Denn ein Finanzausgleich ist selbstverständlich auf Dauer unverzichtbar. Heute allerdings haben wir in der Bevölkerung, aber auch bei Gemeinderäten, generell oft weit überzogene Forderungen an das Land bzw. an die Region, aber in der Praxis vor allem auf die Länder, um Zuschüsse, Subventionen und Finanzierung von alles und jedem. Die Haushalte der Länder – für Südtirol kann man das sagen, aber auch für das Trentino – tendieren immer mehr dazu, die Gemeinden praktisch in jedem Bereich zu finanzieren. Das ist notwendig, solange die Gemeinden nicht eigene Steuern festsetzen können, aber es führt auch zu einem Sinn der Maßlosigkeit bei den Forderungen der Bürger. Sie verlieren mehr und mehr die Einschätzung, was tatsächlich in den eigenen Gemeinden vernünftigerweise gebaut, finanziert und eingerichtet werden soll. In der Zeit, als der Staat das Defizit der Gemeinden abdeckte, war es ja noch selbstverständlicher, daß die Gemeinden über ihre Verhältnisse lebten. Man braucht aber nicht

die heutigen Zeitungen erst aufzuschlagen, um zu wissen, daß das Staatsdefizit ins Astronomische gewachsen ist und wie lange er auf diese Weise weitermachen will, bis er schließlich völlig in ein totales Defizit abrutscht. Ich habe schon mehrmals und andere Kollegen auch, darauf verwiesen, daß der Haushalt der Länder Südtirol wie Trentino, und das gilt ja auch für andere Regionen und Provinzen, längst nicht mehr auf den realen Steuereinnahmen der Bürger beruht, sondern zu einem ganz erheblichen Teil weit über ein Drittel hinaus, auf Neuverschuldungen. Gesetzt den Fall, die Gemeinden kämen in absehbarer Zeit in die Lage, ihre Ausgaben aufgrund eigener Steuereinnahmen zumindest zu einem guten Teil festzulegen, würde das das finanzielle Gewissen der Bürger und die Einschätzung für die Berechtigung ihrer Forderungen wesentlich verbessern. Die Demokratie kann nicht dazu da sein, um den Bürger immer zu größeren Forderungen zu verleiten, ihm aber auf der anderen Seite nicht genügend auch die Folgen seiner Forderungen spürbar werden zu lassen. Sollte im Falle einer Steuerhoheit der Gemeinden, abgesehen vom Finanzausgleich, die Bürgerschaft einer Gemeinde sich auch in Zukunft viele Neubauten, viele soziale Einrichtungen leisten wollen, so soll das in ihr Belieben gestellt sein, sofern sie auch über die Höhe ihrer Steuern mitbestimmen kann. Und langfristig wird es dann wohl auch unumgänglich sein, daß die Bevölkerung auf dem Wege der Volksbefragung bei bestimmten höheren Gemeindesteuern das letzte Wort hat, damit sie von sich aus und nicht nur durch Beschlüsse von Gemeinderäten bestimmen kann, ob sie tatsächlich auch willig ist, in den eigenen Geldbeutel zu greifen, um bestimmte größere Vorhaben mit allen Folgekosten zu finanzieren. Die Funktionsfähigkeit der Demokratie ist nicht unwesentlich, sondern ganz wesentlich auch die Fähigkeit der Finanzierbarkeit von öffentlichen Einrichtungen, von öffentlichen Dienstleistungen im sozialen, kulturellen und auch im ganz allgemeinen wirtschaftlichen Bereich. Die Mündigkeit der Bürger muß darin bestehen, daß man zur Möglichkeit der direkten Mitbestimmung über bestimmte Gemeindebeschlüsse auch die direkte Verantwortung der Bürger über Steuerleistungen langfristig ermöglicht. Das wird aber erst dann gehen, wenn der Staat die Voraussetzungen schafft, weil wir, wie schon gesagt und unterstrichen, ja nicht die nötige Autonomie besitzen, um tatsächlich hier eigenständige Gesetze vorlegen zu können. Alles in allem ist dieser Gesetzesentwurf aber doch vor allem auch nach den vorausgehenden Diskussionen, die Klärungen herbeigeführt haben, die auch zur Veränderungen in der Vorlage geführt haben, ein positiver Schritt zu mehr Verantwortung der Bürger, zu mehr Verantwortung auch der einzelnen gewählten Mandatäre und es ist auch zu hoffen, daß es in jenen Gemeinden, die in den beiden Ländern hin und wieder von Krisen betroffen sind, zu mehr Stabilität und damit zu mehr Verwaltungseffizienz kommt. Wir müssen uns aber bewußt sein, daß wir Forderungen nach Effizienz, nach Verwaltungsstabilität nur dann stellen können, wenn wir als Gesetzgeber die Voraussetzungen dafür schaffen, damit wir unsererseits alles tun, um solche Stabilität tatsächlich zu unterstützen. Das heißt, um jene zu unterstützen, die sie auch wirklich haben wollen. Das ist bei der Mehrheit der Gemeinden immer der Fall gewesen. Aber es gibt einzelne Fälle in Gemeinden beider Länder, wo einzelne Interessensgruppen nicht ohne weiteres auch den Willen der Mehrheit der Bürger ausdrücken, eine Politik in Gemeinden führen, die auf Krisen abzielt und nicht etwa auf die Verwaltungsstabilität. Solche Spiele können solange weiterbetrieben werden, als der Gesetzgeber, d.h. die Region Trentino-Südtirol in diesem Fall nicht die Voraussetzungen schafft, um stabilitätswillige Gemeindepolitiker auch entsprechend zu unterstützen.

Es versteht sich von selbst nach der Zustimmung der SVP-Fraktion, daß auch ich dem Gesetz die Zustimmung gebe, in der Hoffnung, daß die ersten Erfahrungen im nächsten und in den übernächsten Jahren uns weiterhelfen werden, eventuell notwendige Korrekturen an diesem Gesetzesentwurf anzubringen und ich hoffe auch, daß es dazu kommen wird, daß die Gemeindebürgerschaft in voller Verantwortung ihren höchsten Mandatären wählen kann und

daß Mißtrauensvoten nur konstruktiv vorgenommen werden können, damit mit Mündigkeit und die volle Verantwortung der Bürger bzw. der Gemeinderäte in allen Gemeinden restlos zum Tragen kommt und einzelnen Interessensgruppen, die ihre, aber nicht die Bürgerinteressen vertreten, das Wasser abgegraben wird.

(Egregio Presidente! Anch'io desidero sottolineare che non ritengo opportuno che alcuni consiglieri di quest'Aula accusino il Presidente di non adottare le delibere della Conferenza dei capigruppo, mentre stiamo invece facendolo. Secondo il Regolamento interno la competenza per l'andamento dei lavori spetta alla conferenza dei Capigruppo, per cui non esiste la necessità di riaprire nuovamente la discussione su questo tema.

Egregio Presidente, alla base di questo disegno di legge sul nuovo Ordinamento dei Comuni vi è una legge di riforma statale, una legge la quale sancisce che in virtù della nostra limitata autonomia, possiamo presentare una legge di recepimento dei principi della legge statale — anche se ciò avviene con un certo ritardo. Un riordino dei Comuni era comunque necessario da lungo tempo, indipendentemente della legge di riforma dello Stato. Sottolineo ancora una volta che anche con questo disegno di legge ci muoviamo al limite della nostra autonomia ed a lunga scadenza ovviamente le due Province di Bolzano e di Trento mireranno ad ottenere un'autonomia che non le vincoli continuamente alle disposizioni della legge di riforma dello Stato. Spesso, nell'ambito del dibattito, è stata pronunciata la parola efficienza ed è stata posta la domanda in cosa consista. Ritengo che, dato il significato della parola, sia facile accertare quale valenza essa assuma nell'ambito dell'amministrazione comunale. Si tratta di adottare delle delibere, nate su una base democratica e legale, di adottarle in breve tempo e secondo lo spirito delle delibere stesse. E' stato anche detto che naturalmente una dittatura potrebbe far eseguire con più facilità delle delibere, o in singoli casi, adottare misure che potrebbero avere un'effetto positivo sul benessere della comunità. Non credo comunque che si debbano impartire lezioni di storia a questo consesso, dicendo che ogni forma di dittatura per rigida o autoritaria che sia, non può essere oggetto di dibattiti seri e quindi di un disegno di legge. In passato abbiamo raccolto numerose esperienze di dittature in Europa e sappiamo quanto sia preziosa la democrazia, nonostante tutte le sue carenze e nonostante siamo consci del fatto che non può costituire una garanzia per l'adozione di decisioni razionali prese a favore del benessere della collettività. In questo disegno di legge vi sono numerosi aspetti che desidero trattare con particolare attenzione. Molti sono già stati oggetto di discussioni in seno all'opinione pubblica ed a livello di consigli comunali.

Un gruppo di consiglieri comunali ha presentato da lungo tempo una serie di proposte che in parte hanno trovato accoglimento nel disegno di legge e nei relativi emendamenti presentati. Per quanto concerne il problema del difensore civico, si parte dal presupposto che egli sia in grado di segnalare alcune carenze dell'amministrazione comunale nei confronti dei cittadini. Lo stesso concetto fondamentale era stato sviluppato molti anni fa, prima che venisse approvato in Consiglio provinciale il disegno di legge sul difensore civico. Già allora in fase di applicazione di detta legge ci siamo resi conto che non è poi così facile trovare dei difensori civici idonei, spesso si sono accese lunghe discussioni e la ricerca per individuare il candidato più idoneo è durata a lungo, finché non si è giunti alla sua nomina attraverso il Consiglio provinciale. Allora, il difensore civico non aveva molte competenze ed il legislatore avrebbe dovuto scegliere se voleva che al difensore civico fossero attribuite delle competenze o meno. In fondo però preferiva che ne fosse privo. Anche in futuro a livello comunale sarà decisivo per i consiglieri comunali, prevedendo questa figura nei loro Statuti, sapere sin dall'inizio se è possibile trovarne un candidato e quale ruolo dovrà svolgere effettivamente. A livello provinciale abbiamo constatato che le idee sono molto chiare. Ogni consigliere ritiene di dover svolgere lo stesso tipo di lavoro del difensore civico, con la differenza, che il consigliere provinciale ha il diritto di rivolgere delle interrogazioni alla Giunta provinciale e che

questa può fornire le necessarie delucidazioni. Ciò significa anche che ad un interrogazione rivolta alla Giunta regionale viene data risposta pubblica, ad un quesito posto da un difensore civico invece no.

Il consigliere comunale ha praticamente la possibilità — e questo vale anche per il futuro — di rivolgere delle interrogazioni all'amministrazione comunale, alla Giunta, agli assessori, al Sindaco, per sapere se ci sono stati degli abusi dell'amministrazione nei confronti dei cittadini o se non siano state eseguite delle delibere. Effettivamente mi domando che cosa debba fare ancora un difensore civico, dal momento che vi sono già dieci o più Consiglieri comunali che liberamente possono formulare in qualsiasi momento delle interrogazioni di questo tipo, senza particolari formalità. D'altro canto, prevedendo l'istituto del difensore civico, si ammette che la funzione dei Consiglieri comunali di porre interrogazioni non è sufficiente, oppure che non tutti i Consiglieri comunali sono in grado di formulare con tempestività e sufficiente oggettività le interrogazioni in modo da ottenere delle risposte esaurienti e chiare. In futuro lo Statuto potrà e non dovrà prevedere l'istituto del difensore civico e più comuni potranno avere un unico difensore civico; anche questo è senza dubbio un'innovazione. Comunque non mi aspetterei grossi miracoli da questa figura. Più importante mi pare invece il fatto che lo Statuto comunale possa prevedere il ricorso al referendum popolare consultivo. Si attuerà così quella democrazia di base che trova già realizzazione in Svizzera, anche se con alcune limitazioni. Sappiamo però anche — sulla basi delle esperienze fatte in Svizzera — che solamente in alcuni casi la maggioranza della popolazione partecipa a simili consultazioni. La previsione del referendum popolare costituisce senza dubbio un passo in avanti verso una maggiore democrazia di base che ha il suo fondamento nella capacità d'agire del cittadino. Per ciò che concerne una possibile limitazione della durata del mandato, tale aspetto si è già prestato a numerose considerazioni in sede referente ed il collega Kußtatscher ha anche avanzato una proposta in merito. Se in futuro si dovesse ritenere che determinate limitazioni della durata del mandato siano pertinenti, ci si dovrà porre la domanda se una simile limitazione non sarà necessaria anche a livelli più alti, e cioè per la Giunta provinciale, regionale etc... La limitazione della durata del mandato per determinate funzioni può avere un significato solamente se avviene senza eccezioni, quindi a tutti i livelli. Vorrei però riproporre una tesi che un politico germanico ha avuto modo di esprimere attraverso una rivista ormai nota. Disse infatti una frase particolarmente sorprendente per esser detta da una rappresentante del gruppo verde, e cioè che "ogni democrazia dovrebbe riflettere fino a che punto può permettersi un "mettere da parte" dei politici di spicco". Le limitazioni dei mandati possono assumere senza dubbio un significato, ma debbono essere realizzate con una certa misura, affinché non si giunga a "bruciare" anticipatamente delle persone con notevole esperienza.

In questo disegno di legge sono previste delle modifiche al sistema vigente per l'elezione del Sindaco e della Giunta. Si sa però che il governo Amato, che ha ottenuto approvazione e gloria, sta pensando seriamente all'elezione diretta del Sindaco. Il nostro disegno di legge non prevede tale possibilità. Da parte mia ho cercato di interessare il mio gruppo consiliare a tale problematica, facendo porre tale punto all'ordine del giorno ed in futuro presenterò un disegno di legge che preveda l'introduzione dell'elezione diretta del Sindaco per il semplice motivo che non si deve solamente parlare della capacità di agire dei cittadini, bensì anche tradurla in realtà. Un rappresentante politico a livello comunale, eletto a suffragio diretto, sarebbe molto più responsabile nei confronti dei cittadini! Ciò non significa che la forma attuale non sia sufficientemente democratica, ma poiché ci sforziamo costantemente nell'era della democrazia di massa e dei media, di coinvolgere i cittadini nella vita amministrativa, bisognerebbe realizzare anche tale riforma. Dal momento in cui viene introdotta la possibilità di indire dei referendum, è necessario che a lunga scadenza si preveda anche il referendum per l'elezione diretta del Sindaco. Il Land Tirol ha previsto per legge l'elezione diretta del Sindaco ed ha dato attuazione a tale riforma. Ovviamente questa forma di elezione lascia spazio a considerazioni sui suoi lati negativi e positivi, su eventuali

prerogative ed eccezioni. Personalmente sono a favore dell'avvio di un ampio dibattito su questo tema in seno alla popolazione, non limitandolo solo a livello di funzionari comunali; solo così infatti si potrà apprendere qual è la forma di elezione che la popolazione preferisce. Se effettivamente la popolazione auspicherà l'elezione diretta del Sindaco — e ritengo che sarà così — il legislatore ne trarrà le conseguenze. Si dovrà però attendere ancora per vedere se la proposta di elezione diretta del Sindaco potrà essere realizzata attraverso una legge dello Stato. Personalmente ritengo che dovremo iniziare la discussione su tale proposta indipendentemente dall'attuazione di eventuali misure dello Stato. Un altro punto fondamentale della legge di riforma statale è l'introduzione della sfiducia costruttiva nei confronti del Sindaco e di tutta la Giunta. Lo Stato, in questo caso, ha fatto tesoro di tutte le esperienze negative fatte soprattutto nelle metropoli. L'ingovernabilità dei Comuni era all'ordine del giorno sul territorio italiano. Anche in Alto Adige ci sono stati in passato una serie di casi, fortunatamente di numero esiguo, in cui i comuni — in seguito alle spaccature verificatesi al loro interno ed anche in seguito alla mozione di sfiducia espressa nei confronti del sindaco — non erano più in grado di assolvere al loro compito istituzionale. In alcuni casi la conseguenza inevitabile non è stata l'elezione di un nuovo Sindaco, bensì il commissariamento del Comune e quindi la sospensione dell'amministrazione democratica del Comune. Anche Bolzano è stata commissariata per lungo tempo. Sono comunque dell'avviso che lo Statuto dovrebbe prevedere che il voto di sfiducia debba essere costruttivo, poiché un gruppo consiliare che esprime un voto di sfiducia deve essere in grado di avanzare delle proposte specifiche per quanto riguarda la sostituzione del Sindaco o della Giunta nonché il programma di governo, e questo per correttezza nei confronti del Consiglio comunale ed indirettamente dei cittadini. Se un gruppo consiliare non è in grado di fare ciò, allora ha solo l'intenzione di creare del caos. Toccando un altro argomento, quello delle variazioni di bilancio adottate in via d'urgenza, vorrei esprimere alcune considerazioni. Come il collega Kufstatscher ha dichiarato, esse non paiono essere particolarmente opportune; è infatti preferibile convocare le sedute in via d'urgenza del Consiglio comunale, che adottare le delibere in via d'urgenza, poiché per convocare tali sedute è sufficiente che trascorran pochi giorni. Ritengo quindi che non sia necessario nessun eccesso di zelo per le variazioni al bilancio adottate in via d'urgenza. La procedura d'urgenza può infatti esser prevista anche con la convocazione del Consiglio comunale. Ritengo che tale procedura eviti eventuali critiche e permetta, sin dall'inizio e non successivamente, di accertare eventuali responsabilità del Consiglio comunale. Uno degli istituti principali di questo disegno di legge è l'introduzione dello Statuto comunale che rappresenta per ogni Comune, indipendentemente dalle dimensioni, la possibilità di adottare una sorta di propria Carta Costituente. Si tratta quindi di una vera innovazione che modificherà la vita comunale e non si tratta di una riforma qualsiasi. Il disegno di legge prevede che allo Statuto comunale siano riservate attribuzioni molto ampie, come ad es. la determinazione di norme fondamentali per il funzionamento e l'organizzazione dell'ente comunale. Ciò mi pare molto significativo e sono certo che non avrà alcun effetto negativo il fatto che si giungerà ad una certa competitività spirituale delle Carte Costituenti comunali, o meglio definite come Statuti comunali. Nella prassi il Consorzio dei Comuni dovrà però prestare un certo aiuto, in particolare per la formulazione di detti statuti, affinché siano giuridicamente validi. Se verrà limitato parzialmente il controllo preventivo esercitato dall'autorità provinciale preposta alla vigilanza sugli enti locali, nascerà spontanea la domanda se come logica conseguenza si dovrà dare più fiducia agli amministratori comunali, ai consiglieri. In altre parole siamo giunti al momento di dimostrare di voler considerare capaci d'agire non solo i cittadini ma anche i Consiglieri comunali. Una diminuzione del controllo preventivo esercitato dall'autorità provinciale, sia essa del Trentino che della Provincia di Bolzano, mi pare essere la conseguenza logica del dibattito sulla capacità d'agire e la responsabilità dei Consiglieri comunali. Naturalmente in quei casi in cui il controllo ed il diritto di controllo preventivo rimarranno inalterati, sarà più difficile e più faticoso adempiere a tale obbligo, in quanto tale autorità di vigilanza dovrà

dapprima esaminare e studiare gli Statuti. Sicuramente non vi saranno degli Statuti completamente differenti, tuttavia presenteranno quelle differenziazioni che renderanno necessario, da parte di suddetta autorità, la consultazione dei rispettivi Statuti. Vi sarà così materiale su cui discutere, poiché indirettamente si porrà la necessità di interpretare singole norme dello Statuto comunale, ed in particolare il problema sorgerà quando gli Statuti comunali si differenzieranno in modo considerevole. L'autorità di controllo ed i suoi funzionari non esprimeranno il proprio parere sui singoli Statuti comunali dando un'unica interpretazione, essa dipenderà dai singoli casi. Ovviamente vi saranno maggiori discussioni anche tra i funzionari provinciali. Ma questo non è un aspetto determinante. Per quanto concerne le indennità di carica dei Sindaci, questo disegno di legge rimanda ad un ulteriore disegno di legge organico. Da lungo tempo viene applicata una certa regolamentazione che ora invece si vuol cambiare, e forse si tratta di un'iniziativa opportuna. In questo contesto desidero ricordare che alcuni anni fa' la Südtiroler Volkspartei aveva presentato un disegno di legge, una proposta di legge, con cui si voleva, attraverso l'indennità di carica, prevedere il diritto per i Sindaci di percepire una rendita vitalizia. Il Governo allora rinviò tale legge, ma ciò non significa necessariamente che anche in futuro il Governo si debba esprimere allo stesso modo se venisse ripresentato un analogo provvedimento. Per questo domando alla Giunta regionale se ritiene che percependo un'indennità di carica i Sindaci possano maturare il diritto ad una rendita vitalizia, all'incirca secondo la procedura prevista per i consiglieri regionali. Questa domanda deve costituire inoltre lo spunto per il dibattito in Aula, soprattutto perché in Alto Adige i Sindaci dei Comuni di grandi dimensioni hanno una mole di lavoro così ingente da non poter svolgere un'altra attività. In molti casi dove il Sindaco ad es. non è dipendente di un ente pubblico, bensì un libero professionista, una simile rendita vitalizia potrebbe essere più che opportuna. Ma perché non la si potrebbe prevedere in generale?

Auspico che questo tema sia oggetto di un futuro dibattito.

L'autonomia impositiva dei Comuni non è oggetto del presente disegno di legge, ma se parliamo dei Comuni e dei loro diritti e doveri, allora sorge spontaneo sollevare il problema della riscossione dei tributi comunali. Lo Stato ha annunciato che in un prossimo futuro i Comuni potranno aumentare le imposte erariali. Come il collega Alber ha testé spiegato, non si tratta di una autonomia impositiva, bensì di una possibilità estremamente limitata di aumentare i cespiti comunali. Se un Comune è autorizzato a farlo, ed in particolare modo fino a che punto lo potrà fare, questo dipende ovviamente dall'equità delle entrate erariali; per questo motivo bisognerebbe riflettere a lungo prima di prevedere la riscossione di tasse aggiuntive. Ritengo sarebbe senza dubbio positivo se i Comuni potessero fissare le tasse che si verrebbero a produrre in aggiunta all'equilibrio finanziario realizzato con i fondi messi a disposizione dalle Province, come ha avuto modo di spiegare il collega Alber, poiché a lunga scadenza l'equilibrio finanziario è un presupposto irrinunciabile. Molto spesso i cittadini, ma anche i Consiglieri Comunali avanzano richieste significative alla Provincia, alla Regione, ma in linea generale sono rivolte alle Province, per la concessione di contributi, sovvenzioni e finanziamenti per svariati progetti. I bilanci delle due Province tendono sempre più a finanziare i Comuni per ogni tipo di iniziativa. Ciò risulterà necessario finché i Comuni non saranno in grado di fissare tributi propri, ma tale necessità conduce spesso a richieste di sovvenzioni eccessive. Lentamente il cittadino perde di vista di ciò che è effettivamente finanziabile, realizzabile. Quando lo Stato copriva il deficit comunali, era ovvio che le uscite dei Comuni fossero maggiori delle entrate. Non è necessario leggere i giornali di oggi per sapere che il deficit ha assunto cifre astronomiche e per sapere che non mancherà molto finché il deficit non sarà più sanabile. Spesso ho avuto modo di dire che i bilanci delle due province di Bolzano e di Trento, e ciò vale anche per altre regioni ed altre Province, non si basano più sulle entrate tributarie, bensì su nuovi indebitamenti e questo per un parte rilevante, circa un terzo del bilancio. Supponendo che i Comuni riescano in un prossimo futuro a programmare gran parte le

uscite grazie alle entrate tributarie, si produrrebbe un notevole miglioramento della sensibilità dei cittadini per i problemi finanziari ed una giusta valutazione dell'opportunità delle loro richieste. La democrazia non può esistere solamente per spingere i cittadini ad avanzare richieste sempre maggiori senza tuttavia aumentare la sensibilità degli stessi e la loro capacità di valutazione. Nel caso di un'autonomia impositiva comunale, indipendentemente dall'equilibrio finanziario, la comunità di un Comune potrebbe permettere la realizzazione di numerose opere, attrezzature sociali ect..., presupponendo però che possa decidere in che misura verranno introdotte le tasse comunali. A lungo termine sarà anche necessario che i cittadini decidano con un referendum l'introduzione di tasse comunali di notevole rilevanza, affinché possano decidere spontaneamente – e non solo con delibere comunali – se ricorrere alle proprie risorse finanziarie per finanziare determinati programmi a lungo respiro. La funzionalità della democrazia non è un elemento di importanza secondaria, bensì rilevante anche per la capacità di finanziamento di opere pubbliche, servizi pubblici in campo sociale, culturale ed economico in generale. La capacità d'agire dei cittadini deve consistere a lunga scadenza nell'effettiva possibilità di concorso alle decisioni e delibere comunali e quindi nella responsabilità diretta dei cittadini sulla capacità contributiva. Tutto ciò sarà possibile quando lo Stato creerà i presupposti necessari, poiché come è già stato detto, non abbiamo l'autonomia necessaria per poter presentare delle leggi autonome. Tutto sommato questo disegno di legge rappresenta un passo in avanti verso una maggior responsabilità dei cittadini, dei singoli mandati eletti, in speciale modo dopo le discussioni che hanno portato ai necessari chiarimenti ed alle relative modifiche nel testo di legge. Si auspica che in quei Comuni in cui ci sono state delle crisi, si giunga ad una maggiore stabilità e quindi ad una maggiore efficienza amministrativa. Tuttavia dobbiamo essere consapevoli del fatto che la richiesta di maggiore efficienza, di maggiore stabilità gestionale ed amministrativa può venir avanzata solamente se noi legislatori creiamo i presupposti per la sua realizzazione. Ciò significa creare i presupposti per incrementare quella stabilità che desideriamo avere. Così è sempre stato per la maggioranza dei Comuni... Ovviamente vi sono singoli casi nelle due Province, in cui singole lobbies non esprimono necessariamente la volontà della maggioranza dei cittadini, guidando una politica all'interno dei comuni che non mira alla stabilità amministrativa, bensì alla crisi. Simili giochi di potere potranno perdurare finché la Regione Trentino-Alto Adige ed il suo legislatore non creeranno i presupposti su cui gli amministratori comunali potranno lavorare per ottenere la stabilità.

E' ovvio che la Südtiroler Volkspartei darà il proprio voto favorevole a questo disegno di legge, nella speranza che le prime esperienze del prossimo anno ci potranno aiutare ad apportare le necessarie modifiche al disegno di legge. Contestualmente auspico che la collettività possa eleggere in modo responsabile i propri più alti mandati e che il voto di sfiducia possa essere costruttivo, affinché la capacità di agire e la piena responsabilità dei cittadini e dei Consiglieri possano venire attuate incondizionatamente in tutti i Comuni ed affinché le singole lobbies, che rappresentano gli interessi dei singoli ma non dei cittadini, scompaiano.

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter)
(Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz)

PRESIDENTE: In merito alla richiesta avanzata, faccio presente che la proposta del cons. Taverna di riportare il tutto in Commissione può essere avanzata ai sensi dell'art. 90 del Regolamento alla chiusura della discussione generale, mentre ritengo che la richiesta del cons. Rella, tenendo conto dell'andamento dei lavori, possa essere accolta dalla Presidenza. Quindi propongo di chiudere ora la seduta, se nessuno si oppone.

La seduta è tolta, comunico che è convocata la Conferenza dei Capigruppo alle ore 12.00.

(ore 11.56)

